

# DISKUS

## FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

MITTEILUNGSBLATT DER  
VEREINIGUNG VON  
FREUNDEN U. FÖRDERERN  
DER JOHANN WOLFGANG  
GOETHE-UNIVERSITÄT  
FRANKFURT AM MAIN E. V.

2. Jahrgang — Heft 8 Preis 10 Pfg.

Oktober 1952

Verlagsort Frankfurt a. M.

## Fazit eines Prozesses

Von Joseph Klibansky

Am Freitag, dem 26. Januar 1951, erschien spät abends der Landeskommissar der amerikanischen Besatzungsmacht, Professor Shuster, im bayrischen Kabinett und teilte der Regierung mit, seine Behörde erwäge, das Landesentschädigungsamt (LEA) durch Militärpolizei besetzen und durchsuchen zu lassen. Der amerikanische Staatsanwalt habe nämlich Zusammenhänge untersuchen wollen, die zwischen diesem Amt und einer Bande aufgedeckt wurden, der man in einem Prozeß vor dem Stuttgarter HICOG-District court die Fälschung von Unterlagen für Haftentschädigungsanträge von displaced persons nachgewiesen hatte. Aber der Präsident des LEA, Dr. Philipp Auerbach, habe die Untersuchung nicht zugelassen, und sogar den Herrn Staatsanwalt aus dem Hause gewiesen.

Die Mehrzahl der Regierungsmitglieder erkannte sofort die gefährlichen politischen Konsequenzen, die sich ergeben mußten, wenn die Regierung diesen unangenehmen, sehr überraschend kommenden Fall in die eigene Justizregie übernahm. Sie hätten ihn lieber der amerikanischen Behörde überlassen, der man schwerlich den Versuch einer Behinderung der Wiedergutmachung an den Opfern des Naziregimes nachsagen konnte, und die vielleicht überhaupt nichts Entscheidendes unternommen hätte. Nicht lange nach seinem Besuch mußte nämlich der Herr Landeskommissar feststellen, daß er selbst das Opfer einer unrichtigen Information und daß der amerikanische Staatsanwalt niemals im LEA gewesen war, weil er mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun hatte.

In jenem ersten Augenblick des „Falles Auerbach“ wußte nur eines der Kabinettsmitglieder von der Stuttgarter Affäre. Dem Justizminister Joseph Müller kam das Eingreifen des Landeskommissars auch darum gelegen, weil zwischen ihm und Philipp Auerbach seit langem latente Differenzen bestanden. Sie waren zu einer ersten Gegnerschaft geworden, als Auerbach mit größtem Nachdruck und der bei ihm üblichen Publizität seinen Austritt aus dem kommunistenfreundlichen VVN erklärt hatte.

Diese Kampfansage bedeutete nicht nur das Ende der ursprünglichen Idee der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“; sie verdarb auch Joseph Müller sein politisches Konzept, denn in Bayern war er der Exponent der Politik der offenen Tür gegenüber Karlshorst und mußte also eine Spaltung der großen Masse der Naziopfer in Kommunistenfreunde und -gegner äußerst bedauern.

Joseph Müller verstand, die Bedenken seiner Kabinettskollegen zu beschwichtigen, und so kam es zu der Besetzung des Landesentschädigungsamts und der Verhaftung seines Leiters, unter Begleitumständen, die in der deutschen Nachkriegszeit einmalig sind. Als Beispiel genüge hier, daß Auerbach, der in seinem Auto von einem Besuch in Bonn nach München zurückfuhr, auf der Autobahn von zwei Polizeifunkwagen gestellt und unter ständiger Funkverbindung mit dem Polizeipräsidium bis in die Arrestzelle begleitet wurde.

Es wäre verfrüht, diese Vorgänge hier im Einzelnen zu kritisieren. Die Verteidiger des verstorbenen Philipp Auerbach haben begründete Hoffnung, sie noch einmal einer gerichtlichen Nachprüfung zuzuführen.

Aber diesem einen Beispiel muß als zweites hinzugefügt werden, daß in der gleichen Zeit, in der ein großer Justizapparat angestrengt arbeitete, um Ermittlungen und Aufklärungen des Falles Auerbach zu erreichen, das LEA auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde, d. h. die Bearbeitung von rund 170 000 Fällen eines ungeheuer viel größeren Unrechts, als das von Auerbach es je sein konnte, stilllag, gleichgültig ob diese Opfer irgend etwas mit jener Stuttgarter Fälscherbande zu tun hatten oder nicht.

Im Gegensatz zu der sonstigen Übung der Justiz, über schwebende Ermittlungen der Öffentlichkeit möglichst wenig zu berichten, erschienen fast jeden Tag Informatio-

nen über neue Komplexe, die im Zusammenhang der Untersuchungen aufgetaucht seien. Einen ersten Höhepunkt erreichte dieser Feldzug am 21. Mai mit einem Bericht des Justizministeriums, der, in einer bisher in der deutschen Gerichtspraxis zum Glück ungebrauchlichen Art, eine Vorwegnahme der Anklage bedeutete und der Öffentlichkeit die Überzeugung beibringen sollte, daß Auerbach durch die Fülle des erwiesenen Materials nicht nur belastet, sondern als Verbrecher im gemeinsten Sinn des Worts schon überführt sei.

Zur Charakterisierung dieser Veröffentlichung genügt der Hinweis, daß acht der schwersten Vorwürfe, die allein schon Auerbach auf viele Jahre ins Zuchthaus bringen mußten, bereits in der offiziellen Anklage vom 16. November 1951 fallengelassen waren. Da handelte es sich um

Unterschlagung von 20 000 Dollar,  
durch Fälschungen ermöglichte Auszahlungen von insges. 730 793,12 DM,  
weitere Fälschungen, deren Schaden 1 639 968,12 DM betrug,  
aktive oder passive Beteiligung am Schwarzhandel mit Liebesgaben,  
und, um die Diffamierung vollkommen zu machen, die Behauptung, Auerbach — der energischste Vorkämpfer für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland — sei erwiegenermaßen ein übler Kameradschänder gewesen, der 20 000 „Groß-Rosen“ jüdische Mitgefangene auf das Schwerste körperlich mißhandelt habe.

Die Anklageschrift brachte zwar von all dem nichts mehr. Aber bis zum heutigen Tage haben weder der damalige Justizminister Dr. Joseph Müller noch die von ihm „angewiesenen“ Staatsanwälte ein Wort der Entschuldigung für diese unbegründeten, aber umso bösertigeren Vorwürfe gefunden. Niemals wurde von seiten der Anklagebehörde, der nach gesetzlicher Definition die Objektivität der Wahrheitserforschung obliegt, der Öffentlichkeit irgendeine Aufklärung darüber gegeben, warum zumindest voreilig und sicher ungewöhnlich eine amtliche Publikation den nicht offiziell Angeklagten so heftig verunglimpfte. Die Anklagebehörde kann sich nicht damit entschuldigen, daß die Anklageschrift vom 16. November allein noch ausgereicht hätte, Auerbach als einen besonders gefährlichen, durchtriebenen und erfolgreichen Verbrecher zu überführen, und daß es dabei auf acht Anklagepunkte mehr oder weniger nicht angekommen wäre. Eine objektive Behörde darf solche Beschuldigungen weder leichtfertig erheben, noch gar veröffentlichen.

Trotzdem bezichtigte die Anklage vom 16. November 1951 Dr. Auerbach noch folgender Verbrechen und Vergehen:

- 3 Fälle von Amtsunterschlagung,
- 2 Fälle vollendeter, einen weiteren Fall versuchter Erpressung,
- 5 Fälle von Untreue,
- 1 Fall schwerer passiver Bestechung,
- 4 Fälle von Betrug,
- 1 Fall der Urkundenfälschung,
- 1 Fall fortgesetzter einfacher Bestechung,
- 1 Fall von Gebührenüberhebung,
- 2 Fälle falscher eidesstattlicher Versicherung,
- das Vergehen unbefugter Führung eines ausländischen akademischen Grades,
- fortgesetztes Vergehen gegen das Währungsgesetz,
- das Vergehen, Mittel aus einer genehmigten öffentlichen Sammlung einem andern Zweck zugeführt zu haben.

Zum Ladenpreis von DM 5,— war die Anklageschrift — auch dies ist in der Geschichte des deutschen Strafprozesses einmalig — in München käuflich zu erwerben. Der damalige Vorsitzende der Ersten Strafkammer, Landgerichtsdirektor Glück, protestierte gemeinsam mit der Verteidigung gegen diese ungewöhnliche Publikationsfreudigkeit bestimmter Stellen. Aber diesem Anfang sollten schwerere Verfahrensanomalien nachfolgen.

Zunächst fand ein bis heute ungeklärter Wechsel in der Besetzung der zuständigen Ersten Strafkammer statt. An Stelle des in den Fall eingearbeiteten Landgerichtsdirektors Dr. Glück wurde im Wege des Tausches mit einer anderen Strafkammer der Landgerichtsdirektor Dr. Mulzer zum Vorsitzenden bestellt. Bis heute ist aber die Behauptung Auerbachs unwidersprochen geblieben, daß Dr. Mulzer während der Zeit, in der er noch nicht wieder im Justizdienst zugelassen war, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Anwaltskanzlei Dr. Joseph Müllers gewesen sei. Im Wortlaut unwidersprochen blieb auch die Behauptung der Verteidiger, daß Justizminister Dr. Müller zu Dr. Hundhammer, dem Präsidenten des bayrischen Landtags geäußert habe, in Dr. Mulzer habe er nun den richtigen Mann für die Sache Auerbach gefunden.

Nach Ansicht der Verteidigung war schon die Tatsache bedenklich, daß alle drei Berufsrichter, die über Auerbach zu urteilen hatten, Mitglieder der NSDAP ge-



Philipp Auerbach

dpa-Photo

### Zu einer neuen Beilage

Diese Nummer des Diskus enthält erstmalig eine wissenschaftliche Beilage. In ihr sollen Beiträge aus allen Fakultäten Aufnahme finden. Herausgeber und Redaktion gehen dabei von der — auch an sich selbst gemachten — Erfahrung aus, daß es für die Mehrzahl von uns unmöglich ist, während des Studiums einen Einblick in die grundsätzlichen Fragen der Wissenschaft überhaupt und die der anderen Fakultäten zu gewinnen, ja daß mancher über der intensiven Beschäftigung mit den technischen Voraussetzungen der von ihm studierten wissenschaftlichen Richtung das Thema dieser Wissenschaft oder die an ihre althergebrachten Grundsätze greifenden Zweifel, die zu einem Wandel dieser Grundsätze führen könnten und manchmal schon geführt haben, übersieht. Der Widerwille des Kindes, das, von seinem älteren Bruder über den Sinn der von ihm zu erlernenden Tätigkeiten ausführlich belehrt, ausruft: „Ich will nicht wissen, warum man das macht, sondern wie man es macht“, muß aus unseren Gedanken verschwinden, wenn die Institution der Universität überhaupt noch einen Sinn haben soll. Und das muß geschehen, wenn auch einige Prüfungsordnungen diesen Widerwillen begünstigen. Hierbei soll die wissenschaftliche Beilage des Diskus Hilfe leisten. Werden die in ihr gebrachten Beiträge kritisch gelesen, durchdacht und diskutiert, so sind auch die höchsten Erwartungen, die wir in diese Beilage gesetzt haben, erfüllt.

Die wissenschaftliche Beilage erscheint in einem kleineren Format als der Diskus. Dies geschieht nicht, weil es die Redaktion interessanter findet, wenn bei einer Zeitung sich verschiedene geformte Beilagen befinden, sondern weil dem Leser die Möglichkeit gegeben werden soll, die wissenschaftlichen Beiträge gesondert zu sammeln. Es ist beabsichtigt, später einen Schutzumschlag für die gesammelten und zu sammelnden wissenschaftlichen Beiträge zu liefern; denn es wird sich empfehlen, sie mehrmals zu lesen und zu besitzen, sei es als Bestätigung der selbst gewonnenen Ansicht oder als würdiger Gegenstand eigener Kritik.

Alexander Böhm

wesen waren. Der Angeklagte war anerkanntermaßen in Westdeutschland der Promotor der Wiedergutmachung gewesen. Er war der Betreuer der Opfer des Nationalsozialismus, und jedes Parteimitglied, das nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sein Amt, seinen Beruf oder gar sein Vermögen verloren hatte, mußte gegen diesen Mann Ressentiments haben. Auerbach durfte dies befürchten, und diese Befürchtung ist nach allgemeiner Rechtsauffassung zur begründeten Ablehnung eines Richters ausreichend. Dazu kam die Einsetzung Dr. Mulzers und seine frühere Verbindung mit dem Justizminister — durfte man doch schon damals annehmen, daß das Prestige und die politische Karriere Dr. Joseph Müllers mit dem Ausgang dieses Prozesses unlösbar verbunden sei.

Noch ein weiterer Umstand ließ den Vorsitzenden befangen erscheinen. Der Landesrabbiner Dr. Ohrenstein, der als Mittäter im Betrugsfall Wildflecken angeklagt war, hatte Dr. Müller ein Darlehn von mindestens 20 000,— DM gegeben, das zu Beginn des Verfahrens unbestritten noch nicht ganz zurückgezahlt war. Dieser wirtschaftliche Konnex mit dem amtierenden Justizminister war für Auerbach deshalb gefährlich, weil Dr. Ohrenstein im Verlauf des Prozesses unter Umständen in eine Kollision der Interessen mit dem Hauptangeklagten geraten konnte.

Schließlich sei erwähnt, daß, trotz der rechtzeitigen Beanstandung durch die Verteidiger, das Gericht den Beginn der Hauptverhandlung auf einen hohen jüdischen Feiertag legte. Erst ein Entscheid des darin angerufenen Bundesverfassungsgerichts vermochte das Gericht zu bewegen, daß in diesem Verfahren für die weitere Dauer kein Termin auf solche Feiertage gelegt wurde.

Die Ermittlungen gegen Auerbach waren von der Behauptung ausgegangen, daß er in einer geradezu ungeheuerlichen Weise die ihm anvertrauten Interessen, so den Staat Bayern um unzählige Millionen geschädigt habe, und daß er sein Amt mißbrauchte, um sich und andere zu bereichern. Die maßgebenden Vertreter dieses Staates waren allerdings erstaunlich einmütig in der gegenteiligen Ansicht. Auerbachs unmittelbarer Vorgesetzter, Staatssekretär Dr. Ringelmann, betonte die Verdienste des Angeschuldigten um den Staat, und der frühere Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Johannes Müller, wies dem Gericht nach, daß gerade die Politik Auerbachs, u. a. die Beschleunigung der Auswanderung von 80 000 — 100 000 DPs, dem Lande ungezählte Millionen ersparte. Und es war dieser erfahrene Beamte — heute Präsident des Bundesfinanzhofs — der betonte, wie sehr Auerbach im Recht war, wenn er viele notwendigen Entscheidungen nicht mit der Eile des Gesetzes getroffen habe. Nicht zuletzt bezeugte Ministerpräsident Ehard Dr. Auerbachs Verdienste um das Wohl des Landes und die von ihm Betreuten.

Nicht ganz so klar steht es um die Gegenzeugnisse. Inzwischen ist der Eid mehr als fragwürdig geworden, den der Zeuge Diekow leistete, gegen den, ebenfalls in München, seit Monaten ein Meineidsprozeß schwebte, der nun mit der Verurteilung zu einer erheblichen Gefängnisstrafe und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte geendet hat. Wenige haben aber auch gehört und verstanden, was es bedeutete, wenn der Untersuchungsrichter Dr. Amann dem Mitangeklagten Dr. Hoenig-Ohnesorg vor seiner richterlichen Konfrontation mit einem wichtigen Zeugen die Möglichkeit zu einem strafrechtlich erheblichen Versuch der Zeugenbeeinflussung gab. Das Gericht, das ihm im übrigen den Glauben versagte, glaubte seinen belastenden Aussagen, obwohl er selbst zugab, des

öftern seine Erklärungen gewechselt zu haben, und obwohl Untersuchungsrichter Amann zugeben mußte, daß die belastenden Aussagen erst zustande kamen, nachdem dem Mitangeklagten zu Protokoll erklärt worden war, Auerbach habe erwiesenermaßen unrecht gehandelt und versuche nun, die Schuld auf seine Mitbeschuldigten abzuwälzen.

Es sei noch eine Bemerkung über die Erlanger Promotion des Verurteilten gestattet. Dr. Auerbach hatte zu Beginn der Hauptverhandlung zugegeben, das Abitur nicht gemacht zu haben, wies aber mit Leidenschaft die Behauptung zurück, daß die Dissertation über den innerdeutschen Widerstand nicht von ihm stamme. Die Erlanger Professoren, die hierzu gehört wurden, waren überzeugt, daß die Arbeit eine selbständige Leistung Auerbachs sei, daß die Sprache und die Art dieser Dissertation der Diktion und dem Wissen Auerbachs entsprach, und daß er in der mündlichen Prüfung zum Teil erstaunliches, zumindest aber ein durchschnittliches akademisches Wissen bewies. Das Gericht blieb bei seiner Meinung. Es warf dem Angeklagten in der mündlichen Urteilsbegründung vor, er habe die Ergebnisse eines Erlanger Seminars benutzt — die jedoch in der Dissertation ausdrücklich zitiert waren.

Von den Kapitalverbrechen, mit denen die justizministerielle Propaganda zu Beginn die Informationen der Öffentlichkeit bestritt, blieb in der Urteilsverkündung nichts mehr übrig.

An den Stuttgarter Fälschungen waren weder Auerbach noch sein Amt in irgend einer Weise beteiligt. Im Falle Wildflecken — dem angeblichen Betrug von 251 460,— DM für 111 gar nicht existierende displaced persons — erfolgte ein rehabilitierender Freispruch. Ein Anstellungsbeitrag lag nicht vor, denn Bayern hatte keinen Vermögensschaden erlitten. Eine Bestrafung wegen Verstoßes gegen die Währungsgesetze hielt das Gericht nicht für möglich. In den weiteren Fällen der Untreue zugunsten von Angestellten des LEA und bei der Einrichtung einer zV-Kasse, der unerlaubten Kreditgewährung in etwa 40 Fällen, eines unerlaubten Verdienstes von 800 000 DM durch Betrug erfolgte Freispruch, und wegen einer unrechtmäßigen Verwendung einer Geldsammlung Einstellung des Verfahrens.

Verurteilt wurde Auerbach dagegen in den Fällen, in welchen der Zeuge Diekow und der Mitangeklagte Hoenig-Ohnesorg ihn belastet hatten: wegen versuchter Erpressung und Bestechung, wegen fortgesetzter einfacher Bestechung, wegen des Vergehens fortgesetzter Untreue, wegen 2 Fällen von Untreue und in einem Fall sogar wegen vollendeter Amtsunterschlagung.

Dazu kam eine Verurteilung wegen unbefugter Führung eines ausländischen akademischen Grades und wegen versuchter falscher eidstattlicher Versicherung vor der Universität Erlangen. Als Gesamtstrafe wurde auf zweieinhalb Jahre und eine Zahlung von 2700 DM erkannt. In seinem Schlußwort hat Dr. Auerbach seine Richter an den Prozeß erinnert, der Frankreich zu Ende des vergangenen Jahrhunderts durch Jahre hindurch in zwei politische Lager gespalten hat: an den Prozeß gegen den jüdischen Offizier Dreyfus, der auf die Aussage eines Kameraden, des Hauptmanns Esterhazy, verurteilt wurde; diese Aussage war ein Meineid. In der Tat ist die Ähnlichkeit des Auerbach-Prozesses mit dem gegen Dreyfus erschreckend.

Aber Auerbach war ein totkranker, schwer leidender Mann, und seine Kräfte reichten nicht mehr aus, die vollständige Rehabilitation selbst zu erkämpfen. Der ihn mit einer unermüdlichen Liebe und Sorge betreuende Arzt gab ihm in der Klinik wie jeden Abend eine Dolanthin-Spritze, die ihm Linderung seiner Schmerzen und Schlaf bringen sollte. In der Nacht erwachte er von Schmerzen und der Erbitterung über dieses ungerechte Urteil Gequälte. Er sah in seiner einsamen Depression, in dem Dunkel der Nacht, die ihm das Urteil von Richtern gebracht hatte, die er immer als befangen angesehen hat, keinen Ausweg und keine Hoffnung mehr auf irdische Gerechtigkeit. Er gab ein Leben auf, das ihm nicht mehr lebenswert und lebensmöglich erschien. Philipp Auerbach, der einmal eine Biographie veröffentlichen wollte unter dem Titel „Der Mann, der Elend sah“, hatte genug gesehen.

## Vor soviet Großmut wird gewarnt

Die Direktion der städtischen Bühnen hat sich bereit erklärt, pro Abend an zwanzig Studenten Karten zu ermäßigten Preisen gegen Berechtigungsscheine abzugeben. Leider bekommt man die Karten nicht im Vorverkauf, sondern erst eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellungen, und die an der Abendkasse erscheinenden Studenten erhalten auf ihren Schein nur die billigsten Plätze. Die Preisdifferenz ist aber nicht so entscheidend, daß jeder das Risiko einer Straßenbahnfahrt zum Theater unternimmt, das diese Plätze vielleicht schon ausverkauft hat. Von einer Vergünstigung für die Studenten kann hierbei nicht mehr gut die Rede sein. Auch der öfters schon geäußerte Verdacht, daß die Berechtigungsscheine gefälscht seien, wirft kein sehr gutes, aber ein umso bezeichnenderes Licht auf die Einstellung, die man bei den städtischen Bühnen gegenüber den Studenten hat.

Diese Kritik gilt nicht für die privaten Theater. Die Rémond-Bühnen geben zum billigsten Preis durchweg gute, wenn nicht sogar die besten Plätze an Studenten ab. Das Theater am Roßmarkt gewährt eine 50prozentige Ermäßigung neben Freikarten. Das „Schlechteste Theater der Welt“, die „Schmiere“, gibt jedem minderbemittelten Studenten, der nicht in der Lage ist, den ermäßigten Preis von 1,— DM zu bezahlen, eine Freikarte, die für alle Platzgruppen Gültigkeit hat.

Anscheinend gilt hierorts eine allgemeine Regel: Je kleiner das Unternehmen, desto großzügiger die Direktion, und je größer die städtischen Zuschüsse, desto kleinlicher verhält sie sich gegen uns.

Den Frankfurter Lichtspielhäusern dagegen scheint es noch nicht einmal aufgefallen zu sein, daß es überhaupt Studenten gibt. In wesentlich kleineren Universitätsstädten als Frankfurt ist es schon seit Jahren üblich, an Studenten in den Nachmittags-, teilweise sogar in den Abendvorstellungen verbilligte Karten abzugeben, und es mutet grotesk an, wenn man hört, daß sogar die Lichtspieltheater der Stadt Friedberg von sich aus Vorzugspreise für Studierende gewähren.

Ein anderes Problem, welches den Studenten wieder einmal Kopfzerbrechen macht, ist die geplante Tarifierhöhung der Frankfurter Straßenbahn, die auch die Linien- und Netzkarten der Studenten betreffen soll. Die Tarife sollen um 16 bis 25 Prozent teurer werden. Erhöhungen von Straßenbahntarifen haben schon einmal zu Demonstrationen und Gerichtsverhandlungen geführt. Das macht deutlich, daß die Fahrtkosten im Monatsetat der Studenten einen erheblichen Posten ausmachen.

Die Stadtverwaltung kann wohl darauf hinweisen, daß der Rabatt für eine studentische Netzkarte im Monat bis zu 85 Prozent beträgt. Wir erkennen diese Großmut gern an. Aber sie nützt uns nicht genug, denn jede Mark, die wir für Fahrtkosten mehr ausgeben, müssen wir dort wieder einsparen, wo wir es noch am ehesten zu können glauben: nämlich am Essen. Auf die Dauer schädigen wir damit nicht nur uns, sondern auch die Allgemeinheit.

Was wir erwarten, und was wir auf Grund der Arbeit, die wir ja nicht nur für uns allein tun, auch erwarten können, ist etwas Unterstützung und Hilfe bei den Schwierigkeiten, die wir während des Studiums zu überwinden haben und — es ist bedauerlich, daß dies erst gesagt werden muß — ein wenig mehr Taktgefühl. B. S.

## Werkstudent — eine neue Lebensstellung?

„Brauchen Sie uns? Wir kommen gerne! Rufen Sie nur! Studenten und Studentinnen der J. W. Goethe-Universität (und der anderen Hochschulen Frankfurt) empfehlen sich zu allen Arbeiten.“

„Jung und hübsch . . . aber nich' so prüde!“ wird eine Reisebegleiterin verlangt. Ein Boulevardblatt macht eine Reportage daraus. Und schon ist die Not der Studenten eine Schlag-Zeile, zur Sensation und Romantik verfälscht.

Die ständige Spannung zwischen Geldverdienenmüssen und Studium und die Ungewißheit, ob man das bis zum Examen wird durchhalten können, zwingen dem Erwerbstudenten seinen berühmten Optimismus auf. Das Studium wird zum Abenteuer und der Werkstudent zum romantischen Helden. Der Name „Heinzelmännchen“, den sich Schnelldienstorganisationen zugelegt haben, zeugt davon. „Rufen Sie nur!“ — Wir sind da wie unsere Vorgänger zu Köln.“

Die Studenten lernen so „das Leben“ kennen, heißt es. Solche Arbeit kann für sie nur nützlich sein. — Wiederum platte Romantik. Der Werkstudent ist der Paria der Erwerbstätigen. Man läßt ihn nicht recht heran. Denn was arbeiten diese Studenten? Kohlen trimmen, Lastwagen entladen, Teppiche klopfen, Babies behüten, selbst manche Büroarbeiten. Wieviel davon hängt auch nur im entferntesten mit dem Studium und dem erwählten Beruf zusammen? Billige Gelegenheitsarbeiter, für 1,50 DM in der Stunde.

Stundenweise tragen die Studiosi anno 1952 so ihr täglich Brot zusammen, ein großer, sehr großer Teil von ihnen. Rund 17 000 Stunden Arbeit in einem Monat leisten

allein die vom „Schnelldienst“ an der Frankfurter Universität Vermittelten. (Ihre Kollegen, die sich ihre „jobs“ auf eigene Faust suchen, dürften dieser Zahl nicht nachstehen.) In den ersten sieben Monaten dieses Jahres verdienten sie insgesamt 155 224 Mark. Wie bescheiden macht sich daneben die Summe, die für bedürftige Studenten ausgegeben werden kann: für zwei Semester — also ein ganzes Jahr — 46 610 DM. Das sind — bei 5 000 Studierenden — pro Student und Jahr 9,32 DM. (Die Gelder der Soforthilfe und Heimkehrerbeihilfe sind hier nicht berücksichtigt, da sie nur für einen kleinen Teil der Studierenden in Frage kommen.) In England erhalten 80 v. H. der Studenten Stipendien — im bundesrepublikanischen Deutschland ist man „zünftiger Werkstudent“.

Die Studenten der hessischen Universitäten, soweit sie Landeskinder sind, haben ihren Kommilitonen in den anderen Ländern der Bundesrepublik eine wichtige Erleichterung voraus. Artikel 59 der Hessischen Verfassung sichert ihnen den unentgeltlichen Besuch der Hochschulen zu. Man erkennt den sozialen Gedanken dankbar an, ja fühlt sich durch die Schulgeldfreiheit sogar ermutigt, das Studium auch ohne finanzielle Sicherheit aufzunehmen. Die „Nebenarbeit“ des Geldverdienens raubt dem Werkstudenten wertvolle Zeit, die dem Studium verloren geht. Das Studium wird zwangsläufig länger ausgedehnt als zur Erreichung dieses Zieles notwendig wäre. Und schon 100 Studenten, die auf Grund ihrer Nebenbeschäftigung auch nur ein Semester länger studieren müssen, kosten den Staat 35 000 bis 40 000 Mark.

Zum Studieren hat der Werkstudent vielleicht in den spä-

ten Nachtstunden und am Sonntag Zeit. Mit dem Absitzen von Vorlesungen erwirbt man sich bekanntlich keine Lorbeeren. Das wird oft drangegeben, weil ein günstiger „job“ zum Geldverdienen gefunden wurde. Das Privatleben ist völlig ausgeschaltet. Theaterbesuche stehen außerhalb jeder Diskussion und niemand findet die Zeit, sich mit Dingen zu beschäftigen, die jenseits seines begrenzten Fachstudiums liegen (Sie wissen: der Bildungshorizont und das nie verwirklichte Studium Generale). Wie kann man von diesen Studenten noch erwarten, daß sie sich aktiv am politischen Leben beteiligen? Daran werden auch die Gesellschaftsspiele, die in Bonn zur Verbreitung des demokratischen Gedankens mit einem Millionenaufwand erfunden werden, nichts ändern.

Ob der Student, der nach vier Monaten Nebenerwerb erleichtert aufatmet: „Na, gottlob, wieder ein Semester geschafft!“ — ob er auch in der Tat eine Runde weiter kam, das steht auf einem anderen Blatt. Mancher studiert schon im 14. Semester und vermag noch kein Ende abzusehen. Vielleicht wird der eine oder andere von ihnen beweisen, daß man als Werkstudent ein ganzes Leben hinbringen kann. Siegfried Birkner

DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung.

Herausgeber: Bernard Claudé, Hans Gierschick, Wilhelm Hick, Nikolaus Schultis, Robert Stern. Für die Redaktion verantwortlich: Politik, Wirtschaft und Ausland, Karl-Heinz Liebe; Ost-West-Fragen und Sport, E. W. H. Lamprecht; Universitäten und Presse, Beate Schmidt; Literatur und Kunst, Hans Wilhelm Nicklas; Wissenschaften, Alexander Böhm. Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7. Druck: Druckerei Dr. Zühlendorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78. Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 75 75. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seiner Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt der Redaktion.

Abonnements zum Preise von DM 1,— für Wintersemester 1952-3 und Sommersemester 1953 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.

## Das Wunder von Straßburg

Die Zauberformel, mit deren Hilfe zwei Personen ihren Geist und Charakter tauschen können, schien bisher nur den Orientalen, und auch diesen nur in Tausendundeiner-Nacht bekannt zu sein. Wie dieser Zauberspruch in unserem Märchen armen Jahrhundert plötzlich den Weg nach Straßburg fand, wird ewig unergründlich bleiben. Doch der staunenden Welt offenbarte sich vor einiger Zeit das unerwartete Wunder: Die SPD hatte über Nacht ihr europäisches Herz entdeckt und die CDU sich in gleich kurzer Zeit auf die Wahrung „nationaler Belange“ besonnen.

Was war geschehen? Bei der Wahl des Präsidenten der parlamentarischen Versammlung der Montanunion hatte die SPD mit ihren Stimmen den Ausschlag zugunsten des Belgiers Spaak gegeben, der damit seinen deutschen Gegenkandidaten von Brentano um 8 Stimmen übertrumpfte. Das war peinlich, und so konnte der fällige Familienkrach nicht ausbleiben: CDU-Strauß hielt der SPD vor, daß sie den von ihr selbst verfochtenen Grundsatz der deutschen Gleichberechtigung aufgegeben habe, und vertrat nachdrücklich die Ansicht, daß es für Deutschland darauf angekommen wäre, eine der Schlüsselstellungen in der Montanunion zu besetzen. SPD-Ollenhauer blieb die Antwort nicht schuldig und entgegnete, daß es allein auf die europäische Solidarität ankomme, die ja gerade von der CDU so laut gepriesen werde (er war allerdings ehrlich genug zu sagen, daß er in diesem Falle die sozialistische Solidarität meinte).

Der deutsche Staatsbürger, mag er auch an rhetorische Eiertänze nachgerade gewöhnt sein, schüttelt ob so viel Anpassungsfähigkeit erstaunt den Kopf und weiß nicht recht, ob er darüber lachen oder weinen soll. Immerhin kann man den beiden Kampfhähnen nachfühlen, welches diebische Vergnügen es ihnen bereitet haben muß, den anderen auf seinen bisher von ihm mit Vehemenz vertretenen Prinzipien festzunageln. Und man bedenke, welche ungeahnten Möglichkeiten einer längst fälligen Auflockerung der erstarrten Partei-Fronten sich ergeben könnten, falls das Beispiel Schule machte! Aber nein — das wäre wohl zu schön, um wahr zu sein.

Es läßt sich unschwer ausmalen, mit welcher maliziösen Lächeln die französischen Parlamentskollegen diese gegenseitige Gardinenpredigt quittiert haben mögen. Nun, sie hatten gut lachen, denn sie hatten ja ihre „nationalen Belange“ trefflich gewahrt, indem sie geschlossen gegen den deutschen Kandidaten stimmten.

Ja, es scheint auch in Europas erstem Parlament zweierlei zu sein, vom europäischen Geiste zu reden oder nach ihm zu handeln. Ein Trost aber ist dem nachdenklich gewordenen Europäer verblieben: Mit Paul Henri Spaak wurde ein Mann Präsident, der fraglos zu den aufrichtigsten Vorkämpfern des Vereinigten Europa zählt. Hoffen wir, daß es ihm gelingen wird, die allzu wachen nationalen und Partei-Gewissen zu beruhigen! w. b.

## Der Weg zum Professionalismus

Das Gastspiel des „studentischen“ Kabarets „Die Amnestierten“ anlässlich des Frankfurter Universitätsfestes liegt nun schon wieder einige Wochen zurück. In der Zwischenzeit aber tagte in Oberammergau die 15. Ordentliche Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften, und als 18. Punkt auf der Tagesordnung stand ein Antrag des Landesverbandes Hessen auf „Auftrittsverbot für ‚Die Amnestierten‘ an den Hochschulen der Bundesrepublik wegen ‚offen antisemitischer Tendenzen‘ sowie auf Überprüfung, inwieweit die ‚Amnestierten‘ die Bezeichnung ‚Studentenkabarett‘ zu Recht führen.“

Die „Amnestierten“ befanden sich während der Verhandlung gerade auf Gastspielreisen und schickten dem VDS eine sechsstufige Stellungnahme zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen, worin sie sich sehr nachdrücklich gegen die Anschuldigung wehren, einen „latenten Antisemitismus“ propagiert zu haben.

Wer die Frankfurter Vorstellung gesehen hat, wird sich noch recht gut erinnern können, daß der „Kaufmann Flosse“ in dem fraglichen Stammtisch-Sketch ganz klar als jüdische Karikatur angelegt war, und zwar in einer Art und Weise, die an Deutlichkeit nichts zu hoffen übrig ließ. Die Mausehelei des Kaufmanns Flosse aber mit dem „baltischen Dialekt“ des Darstellers Ernst Huhn entschuldigen zu wollen, erscheint uns in Anbetracht der Tatsache, daß durchaus nicht nur eine kleine „Minderheit Anstoß genommen hat“, doch etwas fragwürdig.

Das Problem allerdings, das die „Amnestierten“ in ihrer Verteidigungsschrift anschnitten, ob nämlich das Auftreten einer Bühnen- oder Filmfigur, die als Jude ansprechbar oder erkennbar ist, „heute zulässig und mit dem Grundgesetz vereinbar ist oder nicht“, scheint uns einer Diskussion wert zu sein. Aber man darf dieser Frage nicht mit dem Hinweis auf das Grundgesetz einen juristischen Charakter geben und sie damit auf ein formalistisches Gleis schieben. Hier wird es immer — und das gilt auch speziell für die

Stammtisch-Szene der „Amnestierten“ — eine Frage des persönlichen und politischen Taktgefühls bleiben, die sowohl der betreffende Regisseur als auch der Darsteller zu entscheiden haben. Die Darstellung eines Juden gerade unter den heutigen Umständen — die „Amnestierten“ halten zwar die Judenfrage nach eigenen Aussagen nicht für ein aktuelles Problem — erfordert ein hohes Maß an Verantwortung und Feingefühl für die Grenzen, die uns da gesetzt sind.

Nun, die Delegiertenkonferenz des VDS hatte den zur Debatte stehenden Sketch nicht gesehen und konnte infolgedessen auch kein objektives Urteil bilden. Wesentlich lebhaftere Diskussionen gab es dagegen über die Frage, inwieweit die „Amnestierten“ noch als studentisches Kabarett anzusprechen seien. Die „Amnestierten“ selbst führen dazu aus: „Wir unterscheiden uns von anderen Werkstudenten nur dadurch, daß die Unterbrechung des Studiums notwendigerweise langfristig ist, denn Erfolg ist beim Cabaret nur durch kontinuierliche Arbeit möglich . . . wir haben die Absicht, unser Studium gleichfalls fortzusetzen — aber den Zeitpunkt bestimmen wir selbst und haben wir nur vor uns selbst zu verantworten. Jedenfalls sind wir nach wie vor Studenten und demzufolge nennen wir uns mit Recht „Das studentische Zeittheater“.

Der AstA der Universität Kiel, deren Studentenwerk den „Amnestierten“ seinerzeit die erste Hilfestellung gab, ist jedoch anderer Ansicht: „Inzwischen hat jeglicher Kontakt

## Erlanger Streiflichter

Böse Zungen haben die Erlanger Theaterwoche einmal eine Demonstration des guten Willens genannt. Das Wollen war zwar stets vorhanden, aber das Können ist bisher leider immer ziemlich weit dahinter zurückgeblieben. Das alte Problem der Studentenbühne: ihre schwankende Stellung zwischen Berufs- und Laientheater wurde auch während des diesjährigen Treffens, das vom 25. 7. bis 2. 8. stattfand, wieder offenbar. Immerhin ist die starke Tendenz zum Berufstheater, die sich schon im vorigen Jahre abzeichnete, jetzt gar nicht mehr zu verkennen.

Der Spielplan bewegte sich fast ausschließlich in den ausgefahrenen Geleisen des Repertoiretheaters, und von den alten Studiobühnen-Idealen, der Neubelebung vergessener Stücke und der Aufführung junger unbekannter Autoren, war eigentlich kaum mehr etwas zu merken.

Mut zum Experiment bewiesen lediglich die Mainzer Studenten, die ein eigenes Stück herausbrachten, das aber sowohl im Text wie in der Bühnentechnik so schlecht war, daß das Positivum ihrer Experimentierfreudigkeit im spärlichen Beifall eines verärgerten Parketts unterging.

Erwähnenswert ist die Aufführung eines schon recht antiquierten, von den Erlanger Kommilitonen neu übersetzten Carlo Goldoni „Alles fährt nach Montenero“. Ein graziöses Nichts von einem Stück, vom Regisseur Gianfranco des Bosio (Universität Padua) in die prachtvollen Rokoko-Kostüme der Münchener Staatsoper verpackt und mit einem zauberhaften Bühnenbild versehen. Das Publikum schluckte das Bonbon anstandslos und merkte erst später, daß es innen hohl war.

Natürlich wurde auch täglich diskutiert, wobei die Polarität Berufstheater — Experimentierbühne immer wieder in den Vordergrund trat. Sehr viel mehr wurde — im Gegensatz zu den früheren Jahren — die erzieherische Aufgabe und die Verbindung der Studiobühnen zum Schul- und Laientheater betont. Die in großer Zahl eingeladenen und sogar erschienenen Vertreter von Puppenspiel und Pantomime, Volks- und Höherer Schule waren der sichtbare Ausdruck dieser neuen Tendenz.

Dafür fehlten andere. Vielleicht waren die theaterwissenschaftlichen Seminare an den westdeutschen Universitäten, die über eigene Spielgruppen verfügen, mit Ausnahme Göttingens an der Teilnahme in Erlangen nicht interessiert. Man nahm die Tatsache mit Bedauern zur Kenntnis und zerbrach sich über die Hintergründe dieser bescheidenen Zurückhaltung vergeblich den Kopf.

ADS-Vorsitzender Dr. Heinz Knorr äußerte bei der Eröffnung verärgert, daß sich eine Theaterwoche der deutschen Studentenbühnen allein kaum lohnen würde. Er verlangte vor allem mehr künstlerisches Niveau und die Heranziehung von Fachkräften zur Studiobühnenarbeit. Man erkannte die Berechtigung seiner Forderung an und wählte ihn zum 1. Vorsitzenden wieder.

Erstaunlich hoch war die Beteiligung der ausländischen Studentenbühnen mit 50 Prozent der Gesamtteilnehmerzahl. Nicht allein das Straßenbild Erlangens wurde durch die originellen Hüte der Italiener und das temperamentvolle Auftreten der Französinen belebt. Auch dem Spielplan bekam die internationale Atmosphäre gut.

Schwierig war es für die jugoslawische Gruppe aus Laibach, sich in der westlichen Hemisphäre einzuleben. Zweifellos war auch das ungeschickte Verhalten einiger Zeitungsreporter daran schuld, die das Erscheinen der „Studenten aus dem Lande Titots“ zu lokalen Sensationchen aufbauschen. Die Jugoslawen reagierten sauer und erst mehrere gemeinsame nächtliche Fußballspiele in der Turnhalle des Massenquartiers Prinzregentenschule stimmten sie wieder freundlich.

Eigentümlichen Sinn für Aktualität bewies ein finnischer Kommilitone, der während der Olym-

zwischen den „Amnestierten“ und der Universität Kiel auf gehört, zumal kein immatrikulierter Student Mitglied des Kabarets ist. Eine Verbundenheit zwischen den „Amnestierten“ und der Studentenschaft besteht nicht mehr. Als kleines Zeichen sei erwähnt, daß es nicht einmal möglich war, für Studenten verbilligte Karten für die Aufführungen zu bekommen.“

Hier steht Aussage gegen Aussage, und die DK in Oberammergau hatte es nicht leicht, eine Entscheidung zu treffen. Ist es wirklich echtes Werkstudententum, echte studentische Theaterarbeit, die die „Amnestierten“ leisten? Die „Amnestierten“ sagen ja — und sie wissen, warum sie auf diese Feststellung Wert legen. Die VDS-Delegierten in Oberammergau aber sagten nein — und die Gründe lassen sich vielleicht am besten mit dem Satz ausdrücken, den der AstA Kiel an den Schluß seiner Aufführungen stellte: „Wenn die Studenten den Weg zum Professionalismus gehen, treten sie aus dem Rahmen der studentischen Arbeit heraus. Wo das geschieht, sollte es auch in voller Klarheit festgestellt werden!“

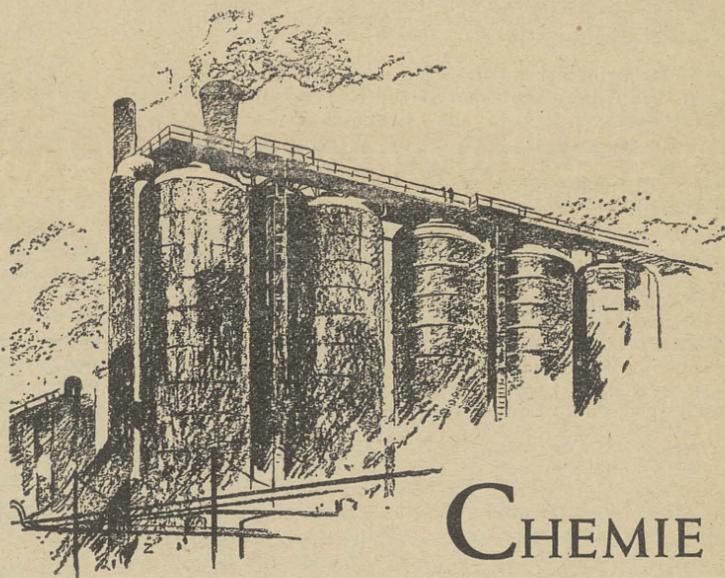
„Europas populärstes Studentenkabarett“ sollte sich nach einem anderen Reklame-Slogan umsehen. Die Entscheidung in Oberammergau ist zwar nicht verbindlich, sollte aber als Hinweis eigentlich genügen. Wir dürfen mit Recht gespannt sein, wie sich die „Amnestierten“ in Zukunft zu dieser Frage verhalten werden.

moritz

piade von Helsinki nach Erlangen zur Theaterwoche kam und auf erstaunte Fragen zur Antwort gab, da oben sei im Augenblick ja doch nichts los.

Und die Moral von der Geschicht? Die Studiobühnen haben ihren eigenen, festen Platz zwischen den beiden Extremen Berufstheater und Laienspiel immer noch nicht gefunden, und wenn sie nicht bald ihre Existenzberechtigung nachweisen, werden sie in nicht allzu ferner Zeit von der Bühne abtreten müssen und sich lediglich noch mit dem Problem beschäftigen können, aus welchen Mitteln das Defizit der diesjährigen Theaterwoche in Höhe von 2000 bis 3000 DM gedeckt werden soll. Denn darüber kann die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenbühnen (ADS) keine Auskunft erteilen — weil sie es selbst noch nicht weiß.

b-t



## CHEMIE WANDELT DIE STOFFE

Es grenzt manchmal ans Wunderbare, wie die moderne Chemie der Natur immer neue Geheimnisse abzuluschen versteht — denn die Chemie wandelt die Stoffe. Bedeutsame Entdeckungen — auf fast allen chemischen Gebieten — nahmen von Hoechst aus ihren Weg in die Welt.

Ein großer Stab von Chemikern, Physikern, Ärzten und Apothekern mit einer Vielzahl von Laboranten ist ausschließlich für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bei uns tätig.

Unsere weltbekannten Forschungslaboratorien werden ständig modernisiert und erweitert.

In unserem Werk steht das erste Elektronenmikroskop der Welt. Es ist unser Ehrgeiz nicht bei der bewährten Güte unserer Erzeugnisse stehen zu bleiben, sondern noch höhere und noch bessere Leistungen zu entwickeln.

Denn unser Name ist mehr als eine Firmenbezeichnung. Er ist ein LEISTUNGS-AUSWEIS für die Qualität unserer Erzeugnisse.



**FARBWERKE HOECHST**

*vormalig Meister Lucius & Brüning*

Frankfurt (M)-Höchst

R 56

# Terror - objektiv betrachtet?

Zwölf Monate ist es her, daß an den sowjetzonalen Universitäten der „dialektische und historische Materialismus“ („Diamat“) zum Pflichtfach erklärt wurde. Nun folgt der Westen; nur daß hier Wunsch ist, was dort Verordnung erzwingen mußte. Jedenfalls verlangten die Vertreter der Studentenschaft der Bundesrepublik und West-Berlins auf der 15. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Oberammergau am 16. August 1952 von ihrem Vorstand, „mit der Rektorenkonferenz Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziele, daß allgemeine Vorlesungen über den historischen und dialektischen Materialismus neben allgemeinen politischen Vorlesungen in das Programm des studium generale bzw. universale aufgenommen werden.“

Man hat also nicht etwa Vorlesungen über die geistigen Grundlagen unserer eigenen freiheitlich demokratischen Staatsordnung, oder über Ethik, die Menschenrechte und die Theorien im besonderen verlangt, mit denen die Welt westlich des Eisernen Vorhangs eine Besserung des menschlichen Daseins erdenkt. Nein, man will „historischen und dialektischen Materialismus“ und dann, so ganz nebenbei (dazu bedurfte es erst noch eine Zusatzantrages!) allgemeine politische Vorlesungen.

Wenn man von der Vertauschung der Adjektive absieht, bleibt wohl die Annahme gerechtfertigt, daß es sich in beiden Fällen um den gleichen Materialismus handelt, der hier wie dort gelehrt werden soll, und dessen Funktion Stalin im „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (b)“ so definiert: „Der dialektische und historische Materialismus bilden das theoretische Fundament des Kommunismus, die theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei . . .“

Nun besteht gewiß ein Unterschied, wenn an sowjetzonalen Universitäten der „dialektische und historische Materialismus“ zur „Grundlage“ des gesamten Studiums erklärt wurde, und dem freiwilligen Beschluß der westdeutschen Studentenvertreter, ihn eventuell „in das Programm des studium generale bzw. universale“ aufzunehmen. Waren aber die Delegierten in Oberammergau richtig beraten, wenn sie meinten, die „philosophisch-theoretische“ und die „wissenschaftlich-historische Grundlage“ des Marxismus sollten in politischen Vorlesungen deshalb gelehrt werden, weil man auf diese Weise die historische Erscheinung des Bolschewismus verstehen lernen könnte? Sie dachten nicht an die Vorfrage, ob es überhaupt eines Wissens um die theoretischen Grundlagen des Bolschewismus bedarf, um seine unmenschliche Praxis zu verurteilen. Sie vergaßen, daß es Tausende gibt, die Kommunisten wurden, ohne jemals etwas von der Theorie verstanden zu haben, und mindestens eben so viele sich vom Kommunismus abwandten, nachdem sie die Erfahrung gemacht hatten, daß seine theoretischen Grundlagen schon seit Marx einen Widerspruch zwischen der Utopie und der Methode voraussetzen, oder daß gerade der wissenschaftliche Anstrich einer angeblich historischen Zwangsläufigkeit es war, der die Entwicklung der kommunistischen Lehre zur Staatspraxis begünstigt hat.

Aber erst, wenn der totalitäre Staat unabhängig von seiner „theoretischen Grundlage“ und seiner für die politische Agitation notwendigen Utopie zum Gegenstand der Kritik gemacht wird, ist ein freier Blick für die Wertung des wirklichen Staates und seiner wirklichen Regierung möglich. Was vorher auf einer wissenschaftlichen Grundlage errichtet schien, was als einzig möglicher „Weg zum Sozialismus“ sich rechtfertigen konnte, das kann nun als die handfeste Praxis eines Sklavenhalter-Staates erkannt werden. Die politischen Forderungen, die Lenin und Stalin aufgestellt haben, liegen auch heute noch zu weit außerhalb des wissenschaftlichen Bereiches, als daß man sie einer „Wissenschaft“ gleichsetzen könnte. Die wirtschaftlichen und politischen Erfolge der Sowjetunion haben ihre Grundlage nicht in philosophischen Theorien, es sei denn in der „kurzgefaßten“, daß die Macht brutal zu handhaben ist, insofern sie ihrem Inhaber recht geben soll.

Das war es, was die „bürgerlichen“ Professoren in der Sowjetzone begriffen hatten, als sie sich weigerten, parteipolitische Dogmen vom Katheder zu verbreiten. Sie wußten, daß der totalitäre Staat seine Theorie in den Kreis akademischer Erörterungen stellt, aber nicht, um sich kritisieren zu lassen, sondern weil der Anschein der Wissenschaftlichkeit die beste Propaganda ist. Diese Professoren hatten an sich selbst schon ge-

merkt, daß die Praxis des totalitären Staates nicht der Theorie folgt, sondern den jeweiligen politischen Zielen der herrschenden Partei, d. h. ihrer leitenden Funktionäre.

Das Rätsel nun, warum die „Kommilitonen aus der Ostzone“ eine so andere Sprache sprechen, glaubten die Studenten aus der Bundesrepublik damit zu lösen, daß ihre Gesprächspartner auf dem 2. Deutschen Studententag dieses Sommers in Berlin „dialektisch“ geschult waren. Daß es sich dabei wirklich um nichts Besseres als die berüchtigte „Schulung“ handelte, daß die Sowjetzonen-Studenten, die man nach West-Berlin geschickt hatte, nur eine Sammlung politischer und pseudowissenschaftlicher Phrasen gelernt hatten und sie gefällig dahersagten, das verstanden die Westdeutschen nicht. So erklärt sich die arglose Meinung, man müsse ebenso gut geschult werden wie die Studenten der Sowjetzone, um sie mit ihren eigenen Argumenten schlagen zu können, falls man sich noch einmal wieder begegnen sollte; und es galt als ein beweiskräftiges Argument, daß auch an einer amerikanischen Universität neuestens ausreichende Kenntnisse über den historischen Materialismus im Examen verlangt werden.

Das Verhältnis des totalitären Staates zu seiner Theorie ist sehr merkwürdig. Sie dient nicht dazu, die Fehler der gegenwärtigen Situation deutlich zu machen und einen Weg vorwärts finden zu lassen, sondern ihre Aufgabe ist die Faszination. Die aber hängt nicht ab von der Logik oder der Wissenschaftlichkeit dieser Theorie. Nach dem zweiten Weltkrieg hat es nicht an Bemühungen gefehlt, die Unwissenschaftlichkeit des Ideengutes des Nazismus oder des Antisemitismus aufzudecken. Aber trotz der Deutlichkeit der Konsequenzen, trotz der zutage gekommenen Unmenschlichkeit der Praktiken dieser Theorien ist es nicht gelungen, sie gänzlich auszurotten. Wissenschaftliche Gegenargumente sind da fehl am Platz, wo es sich um massenpsychologische Phänomene handelt.

Der Beschluß der DK ist fragwürdig, weil er uns mit dem „dialektischen und historischen Materialismus“ nur die Notwendigkeit der Opfer suggeriert, die der Stalinismus fordert. Sind wir erst einmal so weit, die philosophische Rechtfertigung dieser Opfer „wissenschaftlich“ zu „verstehen“, dann sind wir auf dem besten Wege, auch die Konzentrationslager der Sowjets oder der Nazis und die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ oder gleich einer ganzen „Klasse“ in Gaskammern oder in Sibirien oder Waldheim konsequent und „geschichtsnotwendig“ zu finden. Der Unterschied zwischen den beiden totalitären und anderen Denkweisen besteht dann nur noch in der verschiedenartigen Logik, die ihnen zugrunde liegt.

Vorlesungen über den dialektischen und historischen Materialismus mögen für den Politiker oder Massenpsychologen recht interessant sein. Allein, es ist bekannt, daß mit Vorlesungen ein Wissensstoff nicht erschöpft wird. Praktische Übungen jedoch finden nur hinter dem Eisernen Vorhang statt, an Menschen, deren Ausbeutung oder Beseitigung die Theorie des Kommunismus allemal zu rechtfertigen weiß.

Man darf hoffen, daß auf der nächsten Rektoren-Konferenz mehr Zeit zur Diskussion über den Beschluß der DK sein wird, als die Vertreter der westdeutschen Studentenschaft in Oberammergau ihm gewidmet haben.

Eduard Darsen

**Gegen das Todesurteil, das gegen den verschleppten Chemiestudenten Wolfgang Kaiser aus Westberlin von einem sowjetzonalen Gericht verhängt worden ist, haben die Teilnehmer der 15. Delegierten-Konferenz des VDS in einem Telegramm an den sowjetzonalen Präsidenten Wilhelm Pieck scharf protestiert. Gleichzeitig haben die Delegierten ihre Kommilitonen in der Sowjetzone und die International Union of Students in Prag aufgefordert alles zu tun, um eine Revision des Urteils zu erwirken. Die IUS sagte telegraphisch eine Prüfung der Angelegenheit zu.**

**Vier Verhaftungen von Studenten** wurden im Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen des VDS in der Zeit vom 15. 7. bis 1. 8. 1952 gemeldet.

**Mehreren tausend Studenten**, die in der Sowjetzone beheimatet sind und an Hochschulen West-Berlins und der Bundesrepublik studieren, ist es künftig nicht mehr möglich, ihre Angehörigen in der Sowjetzone zu besuchen. Die sowjetzonalen Behörden begründeten ihr Verbot mit einer neuen Verordnung, nach der es den Bewohnern der Sowjetzone nicht gestattet ist, zwei Wohnsitze zu haben.



Stud. jur. Hasso Lichtenstein (zweiter von rechts) im Gespräch mit den von ihm befreiten Kommilitonen Jürgen Poppitz (links), Ekkehard Schumann (daneben) und Horst Schnabel (rechts). (Photo dpa)

Im Juli dieses Jahres berichtete — mit Ausnahme der kommunistischen Blätter — die gesamte westdeutsche Presse von der zunächst unglücklich scheinenden Befreiung dreier jugendlicher aus sowjetzonalen Strafanstalten.

Das Befreiungskomitee für Opfer totalitärer Willkür in Frankfurt a. M. hatte dieses Unternehmen zusammen mit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit Berlin vorbereitet. Aber vor allem der Umsicht und Entschlossenheit des 23-jährigen Leipziger Jurastudenten Hasso Lichtenstein, der als 1. Staatsanwalt am Landgericht Leipzig fungierte, verdanken die Studenten Ekkehard Schumann und Jürgen Poppitz sowie der Abiturient Horst Schnabel ihre Freiheit.

Das Komitee erhielt auf die Nachricht Glückwünsche illegaler Studentengruppen an den ostzonalen Universitäten Leipzig, Halle, Jena und Greifswald.

„Wenn es einer privaten Organisation ohne staatliche Unterstützung gelingt, dem SSD eine fühlbare Schlappe beizubringen“, so erklärte Frau Margarete Buber-Neumann, die Leiterin des Befreiungskomitees, „so sollten mächtigere Institutionen daraus die Lehre ziehen.“

**Zu 55 Jahren Zuchthaus** verurteilte das Landgericht Halle im Juli dieses Jahres sieben Studenten wegen angeblicher Spionage, Sabotage und Boykotttätigkeit. Die Strafmaße belaufen sich auf dreieinhalb bis dreizehn Jahre. Zu den Verhandlungen waren Studentendelegationen aller sowjetzonalen Hochschulen zugegen.

**Entziehung der Studierenerlaubnis** wird allen Studenten der Universität Halle angedroht, die „RIAS-Sendungen“ verbreiten, gegen die „Deutsche Demokratische Republik“ und die Sowjetunion hetzen, schwankend und haltlos sind, schlechte Studienleistungen aufweisen, die Studiendisziplin verletzen oder von der amerikanischen Unmoral angegriffen sind.

**Die Genehmigung zur Teilnahme an der Physiker-Tagung**, die die Technische Universität in West-Berlin vom 19. 9. bis 3. 10. 1952 verwaltete, ist den Professoren und Dozenten der Linden-Universität vom Staatssekretariat verweigert worden.

**Die gesamte Arbeit der Professoren und Dozenten**, erklärte der Rektor der Universität Halle, Prof. Dr. Agricola, darf ab sofort nur noch dem „Aufbau des Sozialismus“ in der „Deutschen Demokratischen Republik“ dienen, und nur der Auftrag der Arbeiterklasse und ihrer Vorkämpferin, der SED, darf an den Universitäten ausgeführt werden. Wer von den Professoren dies nicht begreife, könne an einer Universität der „DDR“ keinen Lehrstuhl mehr haben. Die wichtigste Aufgabe ist, nach Agricola, „jede objektivistische und pazifistische Erscheinung bei den Studenten schon im Keime zu ersticken.“

**Massenrelegationen aus politischen Gründen** sind in der letzten Zeit an sämtlichen Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone erfolgt. An der Universität Rostock wurde die „Säuberungsaktion“ sogar ohne Kenntnis des Rektors durchgeführt. Die Zahl der Betroffenen ist noch nicht zu übersehen; sie soll z. B. in Jena etwa 500, in Leipzig rund 200 betragen.

**Vor der Zwischenprüfung** zum Abschluß des ersten 10-Monate-Studienjahres wurde den Studenten der WiSo-Fakultät an der Universität Rostock eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, in der sie bestätigen mußten, daß das 10-Monat-Studienjahr ein voller Erfolg gewesen sei.

**Teilnahme am Schießunterricht** wurde allen Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultät an der Universität Greifswald zur Pflicht gemacht.

**Elektrizität von früh bis spät**

**AEG HELFER IM HAUSHALT**

**IM FACHHANDEL ERHÄLTlich!**

5447

**BLUMEN**

**Ludwig**

Bockenheimer Warte      Leipziger Str. 20

Tel. 7 8770

Mitglied der Fleurop-Interflora

**Sonderangebot für Studierende!**

**Führerschein Klasse III**  
(Pkw, Lkw und Motorrad).

Preis nach Probefahrt unter Anrechnung Ihrer Vorkenntnisse.

Teilzahlung.

**Ausbildung:** Fahrunterricht etwa 10—12 Fahrstunden (14 Tage bis 4 Wochen) in Ffm., in Ihrer Freizeit.

Tragen Sie sich unverbindlich in die im DISKUS-Zimmer ausliegende Liste ein oder rufen Sie 32640 an.

**Fahrschule H. SCHÄFERS, Frankfurt a. M.**

**FRANKFURTER BÜCHERSTUBE**

SCHUMANN UND COBET

FRANKFURT A. M., BÖRSENSTRASSE 2—4

**GLASBLÄSEREI UND LABORBEDARF**

**Willi Fischer**

Robert-Meyer-Straße 7—9 (hinter dem Chem. Institut)

Telefon 725 46

# Ägyptens Akademiker

Die Geschichte der modernen intellektuellen Entwicklung in Ägypten ist die Geschichte ihrer Bekämpfung durch das Königtum, dessen schärfste und unerbittlichste Kritiker die Intellektuellen waren. Daß der Widerspruch zwischen Förderung des geistigen Lebens durch den Staat auf der einen und seiner Unterdrückung auf der anderen Seite überhaupt auftreten konnte, liegt am System, das trotz seines rechtsstaatlichen Anstrichs in seinem Wesen autokratisch war.

König Faruk I. hat einer Armeediktatur weichen müssen. Das Militär, das heute die staatliche Macht an sich gerissen hat, war vorher vom politischen Leben ausgeschlossen. Angehörige der Armee hatten kein Wahlrecht, sie konnten am politischen Leben nicht teilnehmen. Aber der Umsturz hat gezeigt, daß hinter der politisch farblosen Fassade des Offizierkorps eine erstaunliche Einmütigkeit über politische Fragen zu herrschen scheint.

Wo kommen die Funktionäre her, die entscheidenden Intellekte, wo hat die Bewegung ihren Ursprung, der das autokratische Königtum hat weichen müssen?

Um die Jahrhundertwende gab es in Ägypten nur einige staatliche Fachschulen. Man kann sie mit den deutschen Ingenieur- oder Handelsschulen vergleichen. Im Jahre 1908 versuchten private Kreise, eine moderne Universität zu gründen. Die Mittel brachten sie mit Hilfe von Subskriptionen und Spenden des königlichen Hauses auf. Aber die beachtlichen wissenschaftlichen Leistungen dieser durch private Initiative gegründeten Universität wurden vom Staat nicht anerkannt. Ihre Diplome waren wertlos. Anfänglich lehrte man — wie auch an den höheren Schulen — in englischer Sprache. Erst um 1920 wurde arabisch Schul- und Universitätssprache. Diese „Privatuniversität“ wurde 1925 verstaatlicht. Der Staat übernahm die Kosten, und baute die Universität aus, indem er zu der bestehenden philosophischen Fakultät Naturwissenschaften, Medizin und Rechtswissenschaften und später noch Polytechnik, Wirtschaftswissenschaften und Tierheilkunde als Fachgebiete hinzufügte. Außerdem erhielt die Universität den Namen des regierenden Herrschers, Fuad I.

## Universitäten des Mittelstandes

Die staatlichen Subventionen ermöglichten eine Herabsetzung der Gebühren. 20 ägyptische Pfunde zahlt jeder Student im Jahr. Der Staat legt noch für jeden Mediziner 80 und für die anderen etwas weniger hinzu. „Tausende von jungen Leuten aus dem Mittelstand können jetzt die Universität besuchen. Sie stellen den Hauptteil der Studenten . . .“ heißt es in einer Festschrift, die von der Universität zu ihrer 25-Jahr-Feier im Jahre 1950 herausgegeben wurde. Der Zustrom zur Universität nahm stärker zu als die ständig steigende Zahl der Bevölkerung des Landes. Während die Bevölkerungszahl in ca. 30 Jahren von 13 auf 20 Millionen stieg, erhöhte sich die Zahl der Studierenden bereits in 11 Jahren um 115 Prozent.



Auch die Studentenpresse hatte ihre Europatagung — vom 21. bis 24. September in Paris, auf Einladung der französischen Studentenunion. Hauptergebnis der Tagung, an der die Vertreter aus 13 Ländern teilnahmen, war, daß in Paris eine Zentralstelle zur Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Studentenzeitungen geschaffen wird. Sie soll ein Archiv unterhalten und wird wahrscheinlich eine internationale Zeitschrift herausgeben. Die Kosten trägt für ein Jahr die französische Studentenunion, von der auch der Vorschlag ausging. — Auf dem Bild in der ersten Reihe von rechts nach links die deutsche Delegation: Kersting (Deutsche Studentenzeitung, Bonn), Hess (Europäischer Studentenpiegel, Berlin), Frau Hess (Colloquium, Berlin), Nicklas (Diskus, Frankfurt).

Eine zweite Universität entstand im Jahre 1942 in Alexandria. Sie trägt den Namen Faruk I. Die dritte Universität, Ibrahim El Kébir, kam 1951 hinzu, und bald wird auch die Universität Mohamed Ali in Assiut in Oberägypten ihre Tore öffnen.

## Ein Land ohne Werkstudenten

Immer mehr junge Leute können eine wissenschaftliche Ausbildung im Lande selbst erhalten. Die Zeiten sind vorbei, in denen nur die reicheren Familien, die ein Studium im Ausland bezahlen konnten, in der Lage waren, ihren Kindern eine moderne Ausbildung zu bieten. Trotzdem steht noch nicht jedem Befähigten der Weg zur Universität offen. Eine finanzielle Grundlage muß von Hause aus vorhanden sein, denn ein Werkstudententum gibt es hier so wenig wie in den meisten orientalischen Ländern.

Die Arbeiter und die Bevölkerung auf dem Lande sind zum Teil noch Analphabeten. Deshalb werden nur wenige Fellachensöhne den Weg zur Universität suchen. Man kann Parallelen zu der Zeit entdecken, in der in Europa das Bürgertum eine bestimmende Macht zu werden begann. Bildung, Wissen ist Trumpf. Das Selbstgefühl und der Nationalismus erwacht.

## Die Schulen des Islam und die Fakultät für den Sudan

Auch die fast 1000 Jahre alte Hohe Schule von El Azhar ist umgestaltet worden. Dort befaßte man sich früher nur mit mohammedanischer Theologie, mit Rechtswissenschaft und arabischer Sprache und Literatur. In der Zeit von 1930 bis 1938 wurden mehrere neue Lehrstühle für orientalische und europäische Sprachen und für Naturwissenschaften eingerichtet. In diesem Zusammenhang gehört auch „Dar el Ulum“, ein 1943 geschaffenes Institut der Universität Fuad I., das sich besonders mit arabischer und semitischer Philologie beschäftigt. Die Verbindung zu den Nachbarländern wird durch die kulturellen Kongresse der arabischen Liga verstärkt, die auch schon in Alexandria zusammengetreten sind. Arabische Kultur und mohammedanische Religion sollen, verbunden mit moderner Zivilisation, zum Aufbau eines neuen Lebensstils verhelfen.

Von mehr politischem Interesse ist das ein Jahr vor „Dar el Ulum“ gegründete „Institut für Fragen des Sudan“, dessen Status ausdrücklich durch Gesetz bestätigt wurde. Es hat die Aufgabe, Spezialisten für Sudanfragen heranzubilden und die wissenschaftlichen Forschungen über den Sudan und im Sudan selbst weiterzutreiben. Die wichtigsten Abteilungen sind der Geschichte und Archäologie,



## Gold Dollar Cigaretten

richtig - für richtige Kenner

der Geographie und Anthropologie des Sudan vorbehalten. Außerdem befaßt sich dieses Institut mit Sprach- und Dialektforschungen, Handels- und Wirtschaftsfragen, soweit sie den Sudan betreffen, Landwirtschaft, Geographie der Wüsten, Hydrographie und Tropenmedizin: Ein Aufwand, der der Stärke der Forderung entspricht, die Ägypten auf den Sudan erhebt.

Man hat Universitäten geschaffen, um Ausbildungsmöglichkeiten zu haben. Die Ärzte, Lehrer und Richter des modernen Ägypten haben ihr Wissen an den Universitäten des Landes bei ägyptischen Professoren erworben. Sie haben zugleich auch eine Bildung erhalten, die sie zu Gegnern eines autokratischen Systems machen mußte. Das „Bürgertum“ ist erwacht. Es strebt mit einer ungeheuren Dynamik zur politischen und nationalen Freiheit.

Udo Kollatz

## Romantik für Ausländer

Der Frankfurter Ferienkurs für Ausländer über „Deutsche Sprache und Literatur“ im August 1952 ist der bisher einzige Kursus, bei dem alles wirklich so war, wie es nach den Ankündigungen im Programm sein sollte. Man hatte die Zahl der Teilnehmer den Möglichkeiten entsprechend begrenzt und alles gut vorbereitet.

Die Qualität des reinen Unterrichts fand einmütige Anerkennung. Er wurde — den Vorkenntnissen entsprechend — in drei Stufen erteilt, und jede Stufe hielt ihre Lehrer für die besten. Die Leistungen der Teilnehmer ergeben sich aus der großen Zahl (und den Prädikaten) der nach Abschluß der Kurse verteilten Diplome, die in besonderen Prüfungen erworben werden konnten.

Aber wenn 72 Ausländer aus 14 Nationen nach Frankfurt kommen, um „Deutsch zu lernen“, dann geht es nicht nur um einige Fertigkeit in einer Sprache, und die Aufgabe eines in Deutschland abgehaltenen Ferienkurses über deutsche Sprache und Literatur kann sich nicht auf den Unterricht beschränken. Man hat deshalb auch versucht, den Besuchern aus dem Ausland noch etwas von Deutschland zu zeigen.

Palmengarten, Welt-Flughafen Rhein-Main, Goethes Vatterstadt im Wiederaufbau als alte Wirtschaftsmetropole, das neue Goethehaus, Rüdesheim, Bingen, Kaub, das Opel-Werk in Rüsselsheim, Heidelberg in voller Burgbeleuchtung, die Bergstraße und den Odenwald, Gelnhausen, Büdingen und viele historisch bekannte Ortschaften aus Main-

franken bis Rothenburg, das alles haben die Teilnehmer kennen gelernt. Außerdem wurden gesellige Abende veranstaltet, zu denen die vielen deutschen Kommilitonen kamen, die „gerne Kontakt mit Ausländern aufnehmen wollten“ und auch bereit waren, diesen etwas über die Verhältnisse zu erzählen, in denen die deutschen Studenten leben.

Im Vorlesungsverzeichnis haben unsere Besucher gelesen, daß der Student mit mindestens 120,— DM an Lebens- und Studienkosten im Monat rechnen muß. Haben sie aber auch den Vergleichsmaßstab erfahren, daß das Einkommen vieler Familien bei 200,— DM liegt? Hat man ihnen gezeigt, daß Deutschland nicht nur das Land der historischen Denkmäler und des fortschreitenden Wiederaufbaues ist, daß es bei uns ein Drittes Reich mit allen Konsequenzen gegeben hat, und wo die Probleme liegen, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen?

Das Programm war organisatorisch ausgezeichnet vorbereitet und wurde genau und sorgfältig durchgeführt. Man hat aber vergessen, daß Deutschland nicht so hell und zufrieden ist wie eine Ferienlandschaft am Sonntag, daß wir nicht so romantisch und nicht so tüchtig sind, und uns nur eben so durchschlagen, wie die anderen auch.

Man hat sicher übersehen, daß der Kursus nur den Namen Ferienkurs trug, weil er aus organisatorischen Gründen gerade in der Zeit der großen Semesterferien abgehalten werden mußte, und nicht, weil Deutschland nun auch wieder ein international beliebter Ferienaufenthalt geworden ist.

U. Kollatz



RHEIN-MAIN BANK

früher

DRESDNER BANK

Hauptsitz: Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

Aussenhandelsbank



# Briefe an die Redaktion

## Grüße von einem Schwedenmädchen

Zusammen mit Kameradinnen, die nach Italien fahren wollten, kam ich nach Frankfurt. Sie würden mit dem Bus am nächsten Tag die Fahrt fortsetzen, und ich allein würde in Frankfurt bleiben, und dann zu einer Familie nach Mainz fahren, die ich damals gesehen hatte. Direkt unruhig war ich wohl nicht, — alles war nur spannend, sehr spannend. Aber als ich frühmorgens wachte, meinen Kameradinnen zum Abschied, fühlte ich es ein wenig wunderbar. Ich war in Frankfurt, konnte sehr schlecht deutsch sprechen, kannte keinen Menschen, doch um neun Uhr würde ein freundlicher Mediziner kommen, mich abholen und mir Frankfurt zeigen, ich brauchte nicht unruhig zu sein. Als der Bus weg war, entdeckte ich, ich glaube fünf Studenten, die mich gleich in ihren Schutz nahmen. Ich fand bald, daß der Studentjargon ungefähr wie zu Hause war, und ich mußte mich mehrmals fragen: „Gehe ich wirklich in Frankfurt, nahe 2000 km von Upsala?“

Ich erwünschte die babylonische Sprachverwirrung! Die deutsche Sprache ist eine schwere Sprache, aber ich erfuhr schon den ersten Tag, daß die Menschen eine seltene Fähigkeit besitzen, Gesten und wunderliche Sätze zu verstehen. — Nach zwei Wochen hatte ich doch ein wenig gelernt. In meinem Kopf drehten sich deutsche Vokabeln und deutsche Sätze in Kreisen.

Ich ergötzte mich wirklich diese zwei Wochen, eine Frau zu sein. Der schwedische Mann — der der Franzose des Nordens genannt wird — in Ehren, aber betreffend Höflichkeit gegen eine Frau bleibt er weit hinter dem deutschen Mann. Dies stellte ich den ersten Tag fest, und ich hatte wahrlich keinen Grund, meine Auffassung zu ändern!

Man sagt, daß die Schweden sehr steif und konservativ sind, aber ich fand, daß auch die Deutschen, nicht steif, aber ein wenig konservativ sind. — Froh und natürlich sagte ich von Anfang an „du“ zu allen jungen Menschen, die ich traf, und ich fand es ein wenig wunderbar, daß sie schwer „du“ zu mir zu sagen hatten. Sie sagten oft „Sie“ und änderten sich dann eilig. Dann horchte ich und hörte, daß die Studenten „Sie“ zueinander sagten. In meinen Ohren klang es sehr wunderbar. Nun aber habe ich gedacht, vielleicht ist es gar nicht konservativ, vielleicht ist es die Entwicklung gegen eine Anrede wie das „you“ des Englischen.

Mein Aufenthalt in Deutschland begann sehr gut in Frankfurt und fortsetzte gleich gut in Mainz. Nie kann ich die wunderbare Familie vergessen, bei welcher ich wohnte, und alle die freundlichen Menschen, die mir halfen.

Alle Trümmerhäuser machten einen grausigen Eindruck auf mich. Gewiß erinnere ich mich an die Spannung in Schweden während der Kriegsjahre, gewiß hatte ich die Zeitungen gelesen, aber erst jetzt verstand ich, ein Mädchen aus einem verschonten Land, wie schrecklich alles gewesen sein muß, und wie dankbar ich selbst sein kann, die ich meine Kindheit in Frieden verlebte hatte.

Die zwei Wochen vergingen schnell, gar zu schnell und bald war ich wieder in Upsala, Sommer-Upsala, das sich in den Ferien von den Studenten und der Schuljugend erholt. Das schöne Süddeutschland und alle meine Erlebnisse waren nur Andenken — schöne Andenken, aber ich hoffe, daß ich noch einmal kommen darf.

Nun sende ich viele Grüße und Dank zu den Frankfurter Studenten, und vielleicht darf ich hier auch die Mainzer Studenten grüßen, auf deren Universität ich Gelegenheit hatte, zwei Vorlesungen zu hören (ich verstand nicht viel, aber das machen vielleicht auch nicht immer die deutschen Studenten!). Viele Grüße von dem schwedischen Sommer, Sonne, salzigen Wellen und  
Carin

## Legal und die Journalisten

Die völlig gegensätzlichen Stellungnahmen zweier großer in Westdeutschland erscheinender Zeitungen zum Rücktritt des Intendanten der Ost-Berliner Staatsoper, Ernst Legal, zeigen einen Mißstand im deutschen Journalismus unserer Frage auf: die Unfähigkeit gewisser Publizisten, eine in die freie Welt geflüchtete Persönlichkeit gerecht zu beurteilen.

„Legal hielt aus, so lange er es mit seinem Gewissen vereinbaren konnte“, schreibt „Die Zeit“ vom 4. September. „Sein Wirken war Widerstand im Rahmen des Möglichen“.

Solche Anerkennung für Legal war notwendig, nachdem ein anderes Blatt, „Die Neue Zeitung“ vom 1. September, die Amtsniederlegung des Berliner Intendanten zum Gegenstand einer ironisierenden Betrachtung gemacht hatte.

„Ganz Legal“ — schon die Überschrift kündigt an, was der Artikel bestätigt: der Kommentator hat sich nicht die Mühe gemacht, die Existenzbedingungen unter dem gesetzlichen Regime in Mitteldeutschland zu studieren.

„Mein ganzes Bestreben war es“, so begründete Legal seinen Rücktritt, „diese Position zu halten, weil sie mir die beste Brücke zu gegenseitigem Verständnis schien. Dies ist

nun nicht mehr möglich.“ — Dieses bittere Fazit eines langen Ausharrens wird von der „Neuen Zeitung“ mit der Feststellung erledigt, daß „dieser Mann“ offensichtlich sehr spät erkannt habe, was um ihn herum vorging. Legal habe sich als Aushängeschild des kommunistischen Kulturbetriebes mißbrauchen lassen.

Offensichtlich hat der Kommentator der „Neuen Zeitung“ frühere Berichte seines Blattes zum Fall Legal nicht berücksichtigt. In einer Eigenmeldung vom 20. Juli 1950 heißt es z. B., daß Legal von der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“ scharf angegriffen worden sei, weil er sich „hartnäckig an das Alte klammere und zugleich alles Ungeheimbare aufgreife, was es in der verfallenden und degenerierenden Kultur des Westens gebe.“ Und am 20. 8. 1952 lesen wir: „Legal, der die Staatsoper seit 1946 leitete, war wegen seiner Inszenierungen von der SED wiederholt scharf angegriffen worden.“

Zu Stalins 70. Geburtstag brachte Ernst Legal die Urfassung des „Boris Godunow“ heraus, in dem die letzten Worte lauten: „Die Despoten kommen und gehen — armes russisches Volk!“

Hätte der Kommentator der NZ begriffen, warum der Intendant diese Worte nicht gestrichen hat, wäre er zu gerechterer Betrachtung gekommen.

Die Praxis des Widerstandes gegen ein unerbittliches Regime muß sich nach den Möglichkeiten richten, die gegeben sind.  
B. Stahlmann

## Eine Denunziation?

Ich las kürzlich Ihre Diskus-Nummer vom Juli dieses Jahres, in der Sie auf der Titelseite eine kurze Stellungnahme gegen die „Amnestierten“ veröffentlichten. Obwohl ich Ihrer Kritik im Innern des Blattes völlig beistimme, finde ich es nicht fair, wenn Sie den Namen des Kommilitonen Flickschuh, der als einziges ASTA-Mitglied gegen den Antrag des Kulturreferenten stimmte, besonders herausstellen. Entweder Sie nennen alle

Namen oder überhaupt keinen. Der Leser Ihrer Zeitung muß annehmen, Sie wollten Herrn Flickschuh als Antisemiten anprangern. Vielleicht hat Herr Flickschuh aus ganz anderen Gründen gegen den durchaus berechtigten Antrag gestimmt. Wenn Sie schon den Namen nennen, müßten Sie auch den Grund angeben, warum der betreffende Herr gegen den Antrag stimmte. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Angelegenheit in Ihrer nächsten Nummer klärten. Ihr demokratischer Eifer ist gewiß lobenswert; bitte beachten Sie jedoch auch die demokratischen Spielregeln. stud. phil. Tilemann Stelzenmüller

Die beanstandete Notiz war keine redaktionelle, sondern textgetreue Wiedergabe eines vom Studentenparlament gefaßten Beschlusses. Der beanstandete Schlußsatz ist dem Protokoll der Sitzung entnommen. Stud. phil. Flickschuh hatte beantragt, seinen Namen als den einzigen Opponenten in das Protokoll aufzunehmen.

Auf unsere Bitte übersandte uns Herr Flickschuh folgende Stellungnahme:

In der Parlamentssitzung vom 9. Juli 1952 wurde von Herrn Adler ein Antrag gestellt, gegen die „Amnestierten“ wegen antisemitischer Haltung in deren vorhergegangenen Programm vorzugehen. Nach einer Debatte von etwa 30—45 Minuten wurde der Antrag in der bekannten Formulierung angenommen. Ich stimmte gegen den Antrag und bat um Protokollierung meiner Gegenstimme, da meiner Meinung nach es allen demokratischen und parlamentarischen Gepflogenheiten ins Gesicht schlägt, gegen eine beschuldigte Körperschaft vorzugehen, ohne auch nur im geringsten dem Beschuldigten Gelegenheit zur Verteidigung zu geben.

W. Flickschuh

## Eingegangene Bücher

(Besprechung vorbehalten)

KOHLHAMMER-VERLAG, Stuttgart: Friedrich Heer, Die Tragödie des Heiligen Reiches. — Harry von Roen von Hoewel, Verwaltungsrecht (Schaeffers Grundriß des Rechts und der Wirtschaft). — Hans Berg, Handelsrecht (Schaeffers Rechtsfälle).

FISCHER-VERLAG, Frankfurt am Main: Colette, Mitsou. — Bruno Frank, Trenk. — James M. Cain, Serenade in Mexiko. — Arthur Schnitzler, Casanovas Heimfahrt (alle Fischer-Bücherei).

RASCHER-VERLAG, Zürich: Studien aus dem C.-G.-Jung-Institut Zürich: Zeitlose Dokumente der Seele. — Natureerklärung und Psyche.

# Die Lohnsteuer der Werkstudenten

Fast jeder Werkstudent, der während der Ferien eine Verdienstmöglichkeit findet, erfährt selbst die Auswirkungen jenes bürokratischen Prozesses, der dem um jeden Pfennig verlegenen Studenten die Lohnsteuer zuerst einmal in voller Höhe abzieht, obwohl sie durchweg im Wege des Jahresausgleichs 8—10 Monate später wieder in seine Tasche zurückfließt. Der Student fragt sich, ob dies denn so sein müsse, ob man nicht diesen Vorgang für den Studenten erträglicher und für das Finanzamt einfacher gestalten könne. Die Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften fand dies spezifische Werkstudentenproblem wichtig genug, um sich einmal mit ihm neben den schon gewohnten Debatten über Korporationen, Europa- und Ost-Westprobleme zu befassen.

Für die Einkünfte der Studenten gibt es keine gesetzliche Sonderregelung. Den Werkstudenten, der in den Ferien arbeitet, trifft die Steuerlast in voller Höhe des Tarifs. Erst am Ende des Jahres kann er wegen nicht ständiger Beschäftigung im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleichs die — auf das Jahr bezogen — zuviel gezahlte Steuer zurückfordern, die ihm dann ein halbes Jahr später wirklich auch zurückgezahlt wird. Die Finanzverwaltung hat zwar für ausländische Studenten eine sehr vernünftige Regelung gefunden. Es heißt nämlich in den Lohnsteuer-Richtlinien, daß ausländische Studenten, die im Rahmen des Praktikantenaustausches bei inländischen Unternehmen gegen Entgelt beschäftigt werden, auf Antrag „auf die Dauer von 6 Monaten von der Lohnsteuer freigestellt“ werden, wenn ihre Beschäftigung nicht länger als diese Zeit dauert. Was liegt näher, als diese Bestimmung analog auf deutsche Studenten anzuwenden, die ja bekanntlich, wenn sie nur in den Semesterferien arbeiten (wie es die meisten tun), auch nicht mehr als 6 Monate beschäftigt sind. In diesem Vorschlag werden aber die Finanzbehörden keine befriedigende Lösung erblicken, weil die Gefahr von Mißbräuchen und Umgehungen zu groß ist, und man vor allem nicht im voraus sagen kann, ob ein Student nicht mehr als 6 Monate arbeitet und welche Einkünfte er hierbei be-

zieht. So könnten hier Steuernachforderungen eine für den Studenten höchst unangenehme Folge sein.

Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit, die für beide Seiten gleichermaßen befriedigend wäre. Der Lohnsteuerjahresausgleich soll lediglich einen Ausgleich der Härte der Erhebungstechnik bei der Lohnsteuer gegenüber dem Veranlagungsverfahren bei der Einkommensteuer bezwecken, weil das bei der Lohnsteuer angewandte Steuerabzugsverfahren durch den Arbeitgeber einen schwankenden Arbeitslohn und nicht ständige Beschäftigung außer Acht läßt. Der Lohnzahlungszeitraum wird hier vorerst einmal Grundlage der Besteuerung, das Kalenderjahr wird erst bei der Durchführung des Jahresausgleichs als Basis angesehen. Die Studenten fordern daher nicht etwa eine Steuererleichterung, sondern lediglich eine Milderung der Härten der Erhebungstechnik.

Zu diesem Zweck sollten die Finanzbehörden auf die Möglichkeit einer Stundung der Steuer zurückgreifen. Eine Stundung kann stattfinden, „wenn die Einziehung mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden ist und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.“ Niemand wird bestreiten, daß die Einziehung der Lohnsteuer, die später doch wieder zurückerstattet wird, eine Härte für die Studenten ist. Wird ihm die Lohnsteuer nicht direkt abgezogen, sondern gestundet, so bleibt der Steueranspruch weiterhin so lange bestehen, bis er infolge der Durchführung des Jahresausgleichs gegenstandslos geworden ist. Das Verfahren bleibt zwar das gleiche, aber der Student kann sein Geld hierbei behalten. Das ist entscheidend.

Es ist im Hinblick auf die soziale Lage der Studenten besser, daß der Student nicht Steuern zahlen muß, die er doch später wieder zurückerhält, als daß das Finanzamt Gelder einzieht, die es später wieder auszahlen muß. Denn auch der Student schätzt die Mittel, über die er in der Gegenwart verfügen kann, höher ein, als die Hoffnung auf Rückzahlungen in der Zukunft.

fw



The British Centre  
„Die Brücke“  
Frankfurt a. M., Friedrich Ebert-Str. 48  
Tel. 3 22 86 u. 3 37 94

British Centre ist eine Einrichtung zur Förderung kultureller und geistiger Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. Es umfaßt Bibliothek, Lesesaal, Vortrags- und Kinosaal.

### Vorträge im Oktober 1952:

Mittwoch, 1. 10. 52, 18 Uhr: Herr Gerhard Krause, Musikhochschuldozent „Jean Sibelius und die finnische Musik“ (Klangvortrag)  
Montag, 6. 10. 52, 18 Uhr: Mr. John Lehmann, Author & Publisher „Readings from Modern Poets“ with commentary  
Mittwoch, 22. 10. 52, 18 Uhr: Mr. D. Cooke, M. C., Chief Education Officer of Buckinghamshire „Education in England“  
Freitag, 24. 10. 52, 18 Uhr: Prof. Bullough, M. A., Prof. of English Language & Literature King's College London „Modern English Poetry“ (The last 25 Years)

Im Kino finden täglich um 14, 15<sup>1/2</sup>, 17 h im wöchentlichen Wechsel Vorführungen von Dokumentar- und Kulturfilmen statt. Als regelmäßige Veranstaltungen sind Musikabende und „Play Readings“ vorgesehen. Auskunft telefonisch oder am Empfangstisch erbeten.



PETER NAACHER

Buchhandlung für Universitätswissenschaften

FRANKFURT AM MAIN

Bockenheimer Landstr. 133 a a. d. Universität

u. Schweizerstr. 57 · Neue Telefonnummer: 6 76 44/45

## Alle Bücher für Ihr Studium

Bei Vorlage von ASTA-Berechtigungsschein  
15% Ermäßigung

Develop-Blitzkopier-Geräte  
Schubert-Rechenmaschinen  
Adressiermaschinen  
Roto-Vervielfältiger  
Büro-Möbel

Wilhelm Büttel

Frankfurt a. M. - Goethestr. 23  
Fernruf: 9 23 76, 9 38 70, 9 40 76

# Die deutschen Auslandsschulden

Im Frühjahr 1951 baten die Westmächte die Bundesregierung, an vorbereitenden Besprechungen über ein allgemeines Abkommen über die deutschen Auslandsschulden aus der Vor- und Nachkriegszeit teilzunehmen. Grundlage der Besprechung war ein Notenwechsel zwischen der Hohen Kommission und der deutschen Bundesregierung, in dem letztere aufgefordert wurde, die Haftung der Vorkriegsschulden und der Schulden aus der seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe anzuerkennen. Am 6. März 1951 bestätigte Dr. Adenauer in einem Schreiben an die Hohe Kommission, „daß die Bundesregierung für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet“, sowie für gewisse Schulden der österreichischen Regierung. Ferner erkannte die Bundesregierung dem Grunde nach die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe an.

Der Chef der deutschen Delegation Hermann Abs, Direktor der Kreditanstalt für Wiederaufbau, unterbreitete den Delegierten der 22 Gläubigerstaaten, worunter sich auch Vertreter der Privatgläubiger befanden, ein „Maximalangebot“, das zunächst eine Transferierung von 500 Mill. DM vorsah und später eine solche von 600 Mill., wovon 330 Mill. auf Nachkriegsschulden verrechnet wurden. Abs wies auf die besonders schwierige Situation der Bundesrepublik hin und forderte für die Tatsache, daß die Bundesrepublik (ohne Berlin) nur 52 Prozent des Territoriums des Deutschen Reiches von 1936 besitzt, einen Schulden-Nachlaß von rd. 40 Prozent. Er deutete weiter auf die Behinderung der deutschen Leistungsfähigkeit hin, auf die Kriegsverluste an Menschen, die Vermögens- und Kapazitätseinbußen insbesondere durch Demontagen, die Soziallasten (Flüchtlinge) und die Besatzungs- bzw. Verteidigungslasten sowie die Aufwendungen für Berlin. Reparationsforderungen dürften nach Anerkennung des Tilgungsplanes durch die Bundesrepublik von den Alliierten nicht mehr erhoben werden. Diese Frage ist noch nicht geklärt, denn der Generalvertrag sieht lediglich vor, daß keine Reparationen aus der laufenden Produktion entnommen werden dürfen.

Das erste deutsche Angebot wurde von den Gläubigern abgelehnt. Sie hielten die Forderung nach einer Währungs- und Wirtschaftsreserve für unwichtig und zeigten sich wesentlich optimistischer in der Beurteilung der deutschen Zahlungsbilanzsituation und der Möglichkeit, Tilgungsbeträge zu transferieren. Die Gläubiger verlangten eine Schuldenabtragung entsprechend der Fähigkeit, in DM zu zahlen, sowie spezifizierte Vorschläge für die einzelnen Schuldengruppen. Eine Berücksichtigung der Transferzahlungen bei Handelsabkommen, wie es die deutsche Delegation gewünscht hatte, lehnten sie ab.

Die Konferenz aber durfte nicht scheitern, denn die Bundesregierung wollte auf der Konferenz nicht nur die Wiederherstellung der deutschen Schuldnerlichkeit in den Augen der Welt erreichen, sondern mit der Regelung dieser Schulden zugleich die Voraussetzungen für Auslandskredite schaffen. Deshalb gab die deutsche Delegation in den entscheidenden Punkten nach. Die Übereinkunft gestaltet sich in den wichtigsten Punkten folgendermaßen:

Eine Verringerung der Schulden auf Grund der Gebietsverluste erfolgt nicht, da die Bundesrepublik von den Westmächten als einzig legitime Nachfolgerin des Deutschen Reiches angesehen wird, und eine Teilung der Schuld eine de facto - Anerkennung der sog. Deutschen Demokratischen Republik bedeuten würde. In den nächsten 5 Jahren (ab 1. 1. 53) werden etwa 660 bis 670 Mill. DM an Zahlungen jährlich transferiert werden. Ab 1958, wenn erst die eigentliche Tilgung beginnt, erhöht sich dieser Betrag auf 750 Mill. DM. Von den genannten 660 Mill. DM entfallen je rund die Hälfte auf Nachkriegs- und Vorkriegs-Schulden. Wenn man bedenkt, daß bei dem ursprünglichen deutschen Angebot nur an eine Zahlung von 170 Mill. DM für Vorkriegs-

schulden gedacht war, so können die ausländischen Gläubiger mit dem Übereinkommen zufrieden sein. Diese Regelung war nur möglich, weil die USA die Begleichung ihrer Nachkriegsforderungen in Höhe von 90 Mill. DM pro Jahr für die nächsten 5 Jahre stunden. Von besonderer Bedeutung für die Bundesrepublik war der von den Alliierten auf die Wirtschaftshilfe (also Nachkriegsschulden) gewährte Schuldennachlaß von 16 Mrd. DM auf 6,85 Mrd. DM. Und schließlich ermäßigen sich die Vorkriegsschulden von 12,6 Mrd. DM durch kleinere Abstriche und Reduktionen bei den aufgelaufenen Zinsen und vor allem durch die Anwendung der Dollarklausel auf 7,4 Mrd. DM. Durch die Anwendung der Dollarklausel kommt der Bundesrepublik die 40-Prozent-Abwertung des Dollars zugute, da die ursprünglichen Kreditverträge auf Goldbasis abgeschlossen waren.

Anstelle der Transferschutzklausel, die nicht in das Abkommen aufgenommen wurde, wird die Bundesrepublik nun in der Weise gesichert, daß bei allen Handelsabkommen die deutschen Schuldenzahlungen als laufende Zahlungen berücksichtigt werden. Das bedeutet, daß dem deutschen Export nach einem Land ein um die Transferzahlung niedrigerer Import entgegensteht.

Auslandsschulden stehen Gläubigern zu, die ihren Wohnsitz im Ausland haben. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

1. Schulden des Reiches und der öffentl.-rechtl. Körperschaften. Die beiden wichtigsten Posten hierbei sind:
  - a) Dawes-Anleihe von 1929 in Höhe von 473 Mill. DM; Tilgung: Von 1953 bis 1969 zu 2 Prozent (USA 3 Prozent);
  - b) Young-Anleihe von 1930 in Höhe von 1320 Mill. DM; Tilgung: Von 1955 bis 1980 zu 1 Prozent.
2. Mittel- und langfristige private Schulden. Tilgung: Ab 1958, in den ersten Jahren mit 1 Prozent, später mit 2 Prozent jährlich. Der Gläubiger braucht die Empfehlungen der Schuldenkonferenz nicht anzunehmen; aber wenn er es nicht tut, verliert er die Transfargarantie der Bundesrepublik.
3. Stillhalteschulden. Dies sind solche, die unter das Stillhalteabkommen von 1931 fallen. Das Abkommen galt für kurzfristige Auslandskredite an deutsche Banken und Firmen, die von den Auslandsbanken gewährt waren. Die Gläubiger verpflichteten sich damals, während der deutschen Zahlungskrise die Kredite nicht abzuziehen, um die Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht noch zu erhöhen. Später wurden Kreditabkommen geschlossen, die Jahr für Jahr verlängert wurden. Die Stillhalteschulden werden unter gewissen Bedingungen in Jahresraten von 3 Prozent zurückgezahlt.
4. Handels- und sonstige Schulden. In der Regel wird ein Teil nach Abschluß der Einzelabkommen sofort zurückgezahlt, der Rest in bestimmten gleichbleibenden Abständen.

Entscheidend ist nicht, die Tilgungsbeträge im Inland aufzubringen. Das Hauptproblem liegt in der Umwandlung der heimischen Währung in die des Gläubigerlandes. Da es einen freien Umtausch der einzelnen Währungen nicht gibt, bleibt nur der Weg, die benötigte fremde Währung durch Exportüberschüsse hereinzuholen, so daß die dann verbleibende Wertdifferenz zur Schuldentilgung verwandt werden kann. Einen solchen Devisengewinn im Außenhandel zu erzielen, wird der Bundesrepublik aus verschiedenen Gründen nicht leicht fallen. Folgende sind besonders wichtig:

1. Im Vergleich zum Deutschen Reich von 1936 hat die Bundesrepublik nur noch ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche und ist daher im Ernährungsbereich besonders importabhängig.
2. Vor dem Kriege betrug die Exporte in die Länder der sowjetischen Einflusssphäre 18 Prozent, jetzt nur noch 7 Prozent der gesamten Exporte, was einen Exportverlust bedeutet.
3. Neben den Exporten an Waren bringen Devisen die sog. Dienstleistungen, hauptsächlich die Seeschifffahrt; aber eine nennenswerte deutsche Flotte gibt es nicht.
4. Der Verlust des deutschen Auslandsvermögens (über das in London leider nicht gesprochen wurde) verhindert zinstragende und damit devisenbringende Investitionen im Ausland. Hinzu kommt der Verlust der Patente.
5. Die Bundesrepublik benötigt für ihren Außenhandel, sofern sein Umfang wachsen soll, eine Devisenreserve, die als Polster bei gewissen Anspannungen (z. B. plötzliche hohe Importe) verwendet werden kann; sie sollte aber nicht zur Abdeckung der Schulden dienen.

Gewiß, zunächst beansprucht der Schuldendienst etwa nur 3 Prozent des gegenwärtigen Ausfuhrwertes der Bundesrepublik. Aber man muß bedenken, daß der deutsche Außenhandel im Jahre 1951 noch mit einem Defizit abgeschlossen hat und erst in diesem Jahr einen Exportüberschuß aufweist. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik im nächsten Jahr für 250 Mill. DM Ware an Israel zu liefern hat. In den meisten Fällen werden das Waren sein, die auf den übrigen Märkten guten Absatz haben, so daß diese Naturalleistung, so sehr ihre moralische Berechtigung bejaht werden muß, praktisch einem Exportverlust gleich-

kommt, womit sich der im nächsten Jahr zu erzielende Exportüberschuß auf über 850 Mill. DM erhöht.

Auch die Gläubiger haben sich auf Grund der schlechten Erfahrungen in den 20er Jahren der Einsicht nicht verschließen können, daß die Bundesrepublik nicht über ihre Außenhandelsleistung hinaus in Anspruch genommen werden kann. Deshalb wurde in das Londoner Schlußprotokoll die Klausel eingefügt, daß „die Transferleistungen aus laufenden sichtbaren und unsichtbaren Deviseneinnahmen gedeckt werden“, auch dann, wenn die Währungen konvertierbar sind. Im Übrigen sollen die Gläubigerländer durch ihre Handelspolitik die Transferzahlungen erleichtern, was praktisch bedeutet, daß sie ihre Kontingentierungen einzuschränken und die Zölle zu senken haben, damit die Bundesrepublik ihre Schulden bezahlen kann mittels der einzigen praktisch gegebenen Möglichkeit, der Ausfuhrsteigerung. Inwieweit das Ausland dem Wunsch nach verstärkter Einfuhr deutscher Waren nachkommen wird, bleibt abzuwarten.

Das Londoner Abkommen ist noch nichts Endgültiges. Es dient als Empfehlung und Verhandlungsgrundlage für die in diesem Herbst, vermutlich auch in London, abzuschließenden zwischenstaatlichen Verträge, die dann noch den gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifizierung vorgelegt werden müssen, bevor die Abkommen wirksam werden können. Dabei wird von deutscher Seite auf den Einbau einer klar formulierten Transferschutzklausel gedrungen werden müssen. Es muß eindeutig ausgesprochen werden, daß unverschuldete Transferschwierigkeiten, wie sie z. B. durch die Erhöhung der Zollsätze eines Gläubigerlandes hervorgerufen werden können, die Bundesrepublik insofern und insoweit von der Tilgungsverpflichtung befreien, als durch die Maßnahme der Gegenseite ein Ausfuhrückgang entsteht. —

Weitere Beachtung verdient noch die Frage der Konvertierbarkeit, auf die auch jetzt schon in London hingewiesen wurde. Bevor nämlich der freie Austausch der Währungen hergestellt werden kann, müssen die Wechselkurse



freigegeben werden, was ein starkes Verschieben des Preisniveaus hervorrufen kann, oder es muß eine Kursrelation gefunden werden, die der Kaufkraftparität entspricht, d. h. eine Relation, die dem wirklichen Wert der Währungen untereinander angibt. So ist die Frage der Konvertierbarkeit ein Problem der allgemeinen Wirtschafts- und Handelspolitik des jeweiligen Landes und kann nur im Zusammenhang damit gelöst werden.

Da die Delegationen in London im Einvernehmen und in ständiger Rücksprache mit ihren Regierungen gehandelt haben, ist nicht zu erwarten, daß bei der endgültigen Regelung noch viel geändert wird.

Auf dieser Konferenz hat es, wie der deutsche Delegationschef sagte, weder Sieger noch Besiegte gegeben, und es hätte auch nicht im deutschen Interesse gelegen, wenn wir immer nur auf unsere Zahlungsunfähigkeit hingewiesen hätten. Allein der Beweis, daß wir gewillt sind, unsere Schulden bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit abzutragen, kann das verlorene Vertrauen wieder erzeugen und Deutschland kreditwürdig machen. D. Retlaw



## Sonderangebot für Studierende!

Zum Rüstzeug des Studenten unserer Zeit gehört eine Tageszeitung von Format.

**DIE NEUE ZEITUNG** vermittelt täglich einen umfassenden Überblick über das politische, kulturelle und wirtschaftliche Geschehen der Heimat und der Welt und zeigt die großen Zusammenhänge auf, die zu einer klaren Beurteilung und zur eigenen Meinungsbildung unerlässlich sind.

In regelmäßigen Sonderseiten werden bestimmte Gebiete und Themen aus Wissenschaft und Technik besonders ausführlich behandelt.

Das tägliche, schon berühmt gewordene Feuilleton sorgt darüber hinaus für geistige Anregung und Unterhaltung.

Studierenden gewährt **DIE NEUE ZEITUNG** einen **Vorzugs-Abonnementspreis**

bei Selbstabholung im AStA **DM 1,50** pro Monat  
bei Trägerzustellung frei Haus plus 45 Pfg.  
bei Postbezug plus Zustellgebühren.

Ein Bestellschein liegt dieser Ausgabe bei.

**DIE NEUE ZEITUNG** Vertriebsstelle Frankfurt-M., Myliusstraße 50, Telefon 9 03 71, App. 94

# Reklame für gutes Deutsch

Erstaunlicherweise ist der so oft von der Reklame hinter Licht geführte Mensch immer noch bereit, dem Wort Glauben zu schenken, selbst wenn das Verhältnis von Wort und Bedeutung ins Grotteske verschoben wird. Das mißbrauchte und das mißgestaltete Wort behielt seine magische Anziehungskraft. Im bedenkenlosen Ausnutzen dieser Kraft liegt die Gefahr, die die Reklame für die Sprache darstellt. Kommerzielles Denken und Verpflichtung gegenüber dem Wort scheinen sich nicht vereinbaren zu lassen.

Daß die schlechte Reklame aus der Sprache ein wortarmes Klischee macht, welches durch Verballhornungen und durch unwahrhaftigen Gebrauch notwendig zu einem würdelosen Zerrgebilde werden mußte, hat seinen Grund mit in der auf einem Irrtum beruhenden Nachlässigkeit der Werbefachleute. Diese trauen dem Bild als Blickfang mehr zu, als es leisten kann. Sie geben den Formen und Farben auf ihren Plakaten eine sorgfältige Gestaltung, während sie den Texten ungleich weniger Aufmerksamkeit widmen. Der Leser will wissen und sich nicht bei dem unverbindlichen ästhetischen Reiz des Bildes aufhalten. So begibt er sich arglos unter die Obhut jener Leute, die ohne Sprachgefühl und ohne Verantwortung der Sprache gegenüber ihre suggestiven Produkte zusammenschustern. Tausende lassen sich von ihnen packen und machen sich unbewußt mitschuldig am Sprachverfall, wenn sie das scheußliche Wort oder die regelwidrige Manier von der Reklame in ihren Sprachgebrauch übernehmen.

Der Einfluß der Reklame auf die Sprache darf nicht unterschätzt werden. Fast überall, bis zur Literatur hin, macht sich ihr Jargon breit. Er gefällt sich in sinnentleerten Superlativen, schematischen Bildungen aus der „Schildersprache“ und in unverständlichen Fachausdrücken, die nur

deshalb nicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden, weil der getäuschte Mensch dem Wort doch immer wieder Glauben schenken möchte und selbst, wie die Reklameleute, an dessen Oberfläche haltmacht. Das konturlose, unklare und häßliche Wort übt auf ihn so meistens eine größere Anziehungskraft aus, als das gute und richtige. Selbst der sprachlich Gebildete benutzt schließlich die Ausgebirten der Sprachverflachung und ist sich dessen nicht einmal mehr bewußt.

Wenn sich die Reklame rühmt, über die fortschrittlichen technischen Produkte aufzuklären und so kulturelle Bedürfnisse zu wecken, dann ist das ein recht zweifelhafter und von weit hergeholt Ruhm. Die pseudo-erzieherischen, „aufklärenden“ Anpreisungen einer mißverständlichen Reklame haben einen ganz besonders üblen Charakter. Sie leiten den Käufer nicht nur rein im Sprachlichen in die Irre. Denn: wie die Erziehung zum Guten im Sprachgebrauch durch die Werbung schwieriger ist, als die Fehlleitung durch das schlechte Beispiel, so wird ebenso die gute Ware nur schwer durch die Nennung ihres echten Vorteils abgesetzt. Der anständige Werbemann, dem es daran liegt, den tatsächlichen Vorteil seiner Ware bekanntzumachen, könnte aber die aufklärende Reklame zu einer erziehenden machen, wenn er sein Wort immer auf seine Wahrhaftigkeit und Unmißverständlichkeit prüfte.

Für eine seriöse Reklame ist nämlich das breite Kaufpublikum, das mehr nach dem Schein zu urteilen pflegt, noch gar nicht gänzlich verloren. Es läßt sich zwar leicht blenden und nimmt den Text auf den Plakaten, Prospekten und in den Inseraten der Zeitungen und Illustrierten mehr oder minder kritiklos hin, aber es ist durchaus nicht nur mit Übertreibung und Sensation zu fassen. Der Sprache

ihr Recht nicht vorzuenthalten, das heißt anständige Reklame machen. Und anständige Reklame ist auf die Dauer gesehen immer auch die lohnendste.

Gewiß ist es kein Verbrechen, die starke Werbekraft auszunutzen, die im Erwecken verschiedener Sehnsüchte und Instinkte liegt. Wer sich also bei seinem Käufer an dessen Eitelkeit, Erotik, Neugier, Mitleid, Sparsamkeit und an dessen Sehnsucht nach Luxus oder Romantik wendet, dem macht sich nur der Übertölpelung des Dummen schuldig. Wer sich aber an seinem Schreibtisch jene Trivialitäten einfallen läßt, die nachher Hunderttausende in ihren Sprach-„Schatz“ aufnehmen, der macht sich mitschuldig am Niedergang unserer Sprache, unter dem alle leiden.

Das Wort wird so leblos, ein bloßes Instrument. Das Korrelationsverhältnis, in dem Wortform und Wortinhalt stehen, verschiebt sich, das Wort wird der gefällige Ausdruck eines unsauberen Denkens.

Der Mann, der den Werbetext macht, darf sich nicht einbilden, daß er die Sprache einfach wie ein Werkzeug gebrauchen könne und daß er sie natürlicherweise beherrsche. Ohne Bemühung und ohne ein feines Ohr für die sprachlichen Dinge kann er sich ihrer nicht richtig bedienen. Und die Sprache dient nur dem, der auch ihr dienen will. So lange alle, die in der Gesellschaft eine führende Stellung erlangt haben und dadurch Bewahrer oder sogar Mitschöpfer der Sprache sein könnten, sich nicht wieder dieser vom Zweckbedingten abgelösten Aufgabe bewußt werden wollen, kann der Verfall der deutschen Sprache nicht aufgehalten werden.

Sie muß so weiter den Weg der Phrase, der Verflachung, der Verarmung und der Mechanisierung gehen. Was vom Schriftsteller und — meist ohne Erfolg — vom Journalisten an sprachlicher Zucht verlangt wird, kann mit Fug und Recht vom Reklamemann gefordert werden. Denn sein Wort breitet sich überall hin aus und dringt in das Sprachbewußtsein der Allgemeinheit. Reiner Wohmann

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

### Bonner Verträge

Die Diskussion über die deutsch-alliierten Verträge, deren 3. Lesung im Bundestag näher rückt, dauert an. Reinhard Gerdes („Die harte Wahl“, Deutsche Rundschau 1952/7) meint, daß wir es nicht riskieren könnten, nein zu den Verträgen zu sagen, weil das schlimmere Folgen hätte als die Zustimmung.

Die „Außenpolitik“ (1952/9) veröffentlicht vier Beiträge zum gleichen Thema.

Ernst Lemmer, MdB/CDU, bedauert zwar („Vom Deutschlandvertrag zur Wiedervereinigung“), daß noch viel an voller Souveränität in den Bonner Konventionen fehle, vertraut aber auf die Zwangsläufigkeit der Entwicklung, die das ändern würde. Er plädiert außerdem für Verhandlungen mit den Sowjets, um zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit zu gelangen.

Prof. Fritz Baade, Mitglied der Bundestagsfraktion der SPD („Entscheidung zwischen drei Deutschland-Konzeptionen, Unser Beitrag zur Verteidigung des Friedens“), formuliert die Chancen einer heute möglichen deutschen Politik: Oberstes Ziel muß die Wiederherstellung eines einigen, unabhängigen Deutschland sein. Wenn dies mißlingt, müssen die jetzigen Bonner Vertragsentwürfe abgelehnt und in neuen Verhandlungen mit den Westmächten entscheidend verbessert werden.

Der dritte Beitrag („Öffentliche Meinung in Amerika“) von einem nicht genannten Deutschen, der in den Vereinigten Staaten lebt, verweist auf eine Anzahl amerikanischer Äußerungen zum Problemkreis der Westintegration und Wiedervereinigung, die in Europa wenig bekannt geworden ist. Er zeigt weiter an Hand von Zitaten die gefährliche Tendenz in den USA auf, Kritiker der offiziellen Politik als Kommunisten zu denunzieren.

Raymond Aron, Teilnehmer an dem Gespräch „Die Einheit Europas“ anlässlich des diesjährigen Frankfurter Universitätsfestes, glaubt nicht („Französische Gedanken über die deutsche Einheit“), daß die Sowjets die Wiedervereinigung ernsthaft wollen. Er sieht deshalb für Deutschland keine andere Möglichkeit, als die Beteiligung an einer europäischen Armee.

### Blick nach draußen.

Interessante Nachträge zu einem Reisebericht, den Herbert Lüthy unter der Überschrift „Nordafrikanische Impressionen“ (im „Monat“, 1952, 45) veröffentlichte, bringt der gleiche Verfasser in Nr. 47 („Nordafrika wird mündig“). In Französisch-Nordafrika seien heute alle Variationen der Opposition gegen die Franzosen zu finden. Seltsamerweise hätten aber die meisten antikolonialen Emanzipierungsbewegungen ihre Wurzel in Paris.

Von Rom aus versucht Gustav Mersu („Zwischen Bollwerk und Gefahr“, „Monat“ Nr. 47) eine Antwort auf die Frage, warum der Kommunismus in Italien so stark ist; Alfred J.

Fischer behandelt in einem kenntnisreichen Aufsatz „Hat der Kommunismus Chancen in Iran?“ („Deutsche Rundschau“ Heft 78) ein ähnliches Problem.

Authentischen Berichten über die Verhältnisse jenseits der Oder-Neiße-Grenze begegnet man nur selten. Umsomehr muß auf den Beitrag „Schlesien unter polnischer Regie“ in Heft 9 der „Außenpolitik“ hingewiesen werden. Die Absicht der Sowjets, das oberschlesische Industriegebiet zum gewaltigsten Rüstungsarsenal Osteuropas zu entwickeln, habe bereits sichtbare Gestalt angenommen!

Auf den Widerstand, den die polnischen Bauern den kommunistischen Kollektivierungsbestrebungen entgegenzusetzen, weist Alfred Burmeister in seinem Aufsatz „Polens Sorgen mit dem Sozialismus“ hin („Aktion“ 1952, 19).

Flavio Valdeorras untersucht die wirtschaftliche Situation Spaniens („Konjunkturwohlstand und soziales Elend“, Aktion 1952/19). Er gibt einen gewissen industriellen Aufschwung zu, von dem jedoch ausschließlich die oberen Schichten der Bevölkerung profitieren. Den Grund für die schlechte Situation des Arbeiters sieht der Verfasser im Fehlen von Gewerkschaften, wie wir sie kennen. Abschließend weist Valdeorras auf „ein erschreckendes Symptom“ hin: die Gefahr des Kommunismus, die in Spanien noch immer latent ist.

### Krisis der Bildung.

Heinrich Bauer (Schulen und Reformen, Zur Aufgabe der Bildung in unserer Zeit, Frankfurter Hefte, 1952, 8) entwirft Vorschläge für eine Therapie der Pädagogik. Ursache dafür, daß die Schule immer mehr zu einer Anstalt für bloße Wissensvermittlung wird, ist vor allem das Entstehen eines umfangreichen Bildungs- (oder Unbildungs-) Bereichs außerhalb der Schule, der ihre bislang absolute Bedeutung immer mehr relativiert. Ein Neu-Entwurf einer Bildung ist nicht mehr möglich, da wir kein allgemein verbindliches Bild mehr haben, nach dem wir den Menschen bilden könnten. Es wird deshalb kein festgefügtes Bildungsideal und kein Bildungssystem mehr geben können. Neue Bildung würde, nach Bauer „entelechiell“ sein müssen.

Heinrich Bauer (Deutsche Politik und Schulpolitik, Frankfurter Hefte, 1952, 7): die Frage der Simultan- oder Konfessionsschule hat auch im politischen Bereich Fronten geschaffen, deren Verhärtung äußerst bedenklich erscheint, da es in der Schule nicht um Grundsätze, um Institutionen und Organisationen, sondern um Menschen geht. Die Neuordnung des Schulwesens ist weniger eine Frage der organisatorischen und pädagogisch-methodischen Reform, sondern einer umfassenden, auch die Universität einschließenden Bildungsreform.

### Atomphysik und Weltbild.

Die durch Relativitätstheorie und Quantenmechanik bedingte tiefgreifende Veränderung des naturwissenschaftlichen Weltbildes versucht Arthur March (Die Denkweise der heutigen Naturwissenschaften, Neue Rundschau, 1952, 2) zu beschreiben. Unhaltbar ist die Vorstellung, nach der die Materie aus letzten unveränderlichen Teilen besteht, denen eine selbständige Existenz zukommt, die also wiedererkennbar und voneinander unterscheidbar wären. Das Elektron erwies sich als reine substanzlose Form oder Struktur, das sein Wesen ausschließlich in bestimmten Zahlenverhältnissen offenbart. Die Vorgänge der Mikrophysik sind nicht anschaulich vorstellbar. Die zweite einschneidende Veränderung betrifft das Kausalitätsprinzip, also die Annahme, daß sich das Jetzt nach dem richtet, was unmittelbar vorher war, und es seinerseits das bestimmt, was unmittelbar folgen wird. Dies Prinzip ist für das zeitliche Geschehen auch weiterhin ausschließlich zuständig. Zur Erklärung etwa des Betriebs in der Elektronenhülle eines Atoms müssen jedoch neue „ganzheitliche“ Prinzipien einspringen, die jene Vorgänge vom Plan, vom System her deuten und die Teile des Systems einer zeitunabhängigen Idee unterstellen. Diese neuen Prinzipien der Physik eröffnen neue Verbindungen und gemeinsame Problemstellungen auch für andere Wissenschaften, etwa die Biologie.

Die Veränderungen des wissenschaftlichen Denkens, besonders im Begriff der Naturgesetzlichkeit, behandelt Werner Heisenberg (Atomphysik und Kausalgesetz, Merkur, 1952, 8). Er kommt zu der Annahme, daß in ganz kleinen Bereichen von der Größenordnung der Elementarteilchen Raum und Zeit in einer eigentümlichen Weise verwischt sind. Experimente über die Vorgänge in ganz kleinen Raum-Zeit-Bereichen scheinen zu zeigen, daß gewisse Prozesse scheinbar zeitlich umgekehrt ablaufen, als es ihrer kausalen Reihenfolge entspricht. Man kann schon jetzt kaum daran zweifeln, daß die Entwicklung der neuesten Atomphysik an dieser Stelle noch einmal in den philosophischen Bereich übergreifen wird. — Die Darstellung einer jener Faktoren, die mitwirkten bei der Umgestaltung des naturwissenschaftlichen Weltbildes, gab der gleiche Autor in einem älteren Aufsatz (Die Quantentheorie, Eine Formel, die die Welt veränderte, Frankfurter Hefte, 1951, 6).

### Die fragwürdige Gesellschaft

Wie man dem Malheur unseres heutigen gesellschaftlichen Organisationszustands beikommen könnte, beschäftigt eine Reihe Autoren: Alfred Weber (Wissenschaft und Lebensordnung, in Merkur, 1952, 8) warnt vor der Lebensfremdheit der Wissenschaften: die naturwissenschaftlichen entfesseln mit formalen Erkenntnissen dämonische Mächte, die geisteswissenschaftlichen, scholastisch-alexandrinisch, diskutieren selbstgeschaffene, real anders gestellte Probleme. Beide beeinflussen willentlich die Lebensordnung, die ersteren sind darin weiter auf dem Weg zu einer neuen Transzendenz. Was mangelt, ist das Bewußtsein der Verantwortung.

Wie eine Politik, die heute ohne leitende Ideen sich fortentwickelt, als Theorie aussieht, darüber referiert Golo Mann (Außenpolitik und Idee, Monat, 1952, 47) einige nordamerikanische Autoren der neo-konservativen Richtung, Gegner der totalen Lösungen und Kreuzzugspolitik; Revisionisten statt Revolutionstheoretiker, und begabt mit dem Mut zum Vorläufigen und zur Inkonsequenz; ein suggestiver Pragmatismus angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit.

Die jüngste Wissenschaft des Pragmatismus, die empirische Soziologie, beschreibt Theodor W. Adorno (Die Soziologen und die Wirklichkeit, Frankfurter Hefte, 1952, 8). Sie kennzeichnet sich durch ein tiefes Mißtrauen gegen die Ideen, genauer gesagt Ideologien, und sucht gesellschaftliche, ökonomische und psychologische Ursachen der Sozialphänomene. Ihre Gefahr, die Ignorierung des individuellen Moments im Zustandekommen der Phänomene, ist geringer einzuschätzen als ein reaktionärer Irrationalismus, der Beobachtungen der Tiefenpsychologie nicht wahrhaben will. Wichtiger wäre eine Verbindung des aus der Marktforschung und Kundensuggestion entstandenen administrative social research mit dem critical research, der also einer wissenschaftlichen Kritik der Gesellschaft in ihren Einzelsituationen gleich käme.

Wie weit die Gesellschaft als Ganzes oder in ihren kleinen Einheiten schon Objekt wurde, und ob dieser Zustand noch von außen, ohne eigene Aktion aller zu halten und zu bessern sei, fragt Peter v. Haselberg (Die verlorene Initiative, Aufklärung, 1952, 2). Arbeit organisiert als permanenter Betrieb, in den man sich eingliedert, die Gesellschaft als die Institution, die mit Arbeit, Lohn, Unterhaltung versorgt, lassen dem Einzelnen keinen andern als einen jeweils vorbestimmten und schon geplanten Aktionsplatz.

### Konturen.

Den Freunden moderner Literatur seien die von dem Dichter Hans Bender herausgegebenen, im Verlag der Frankfurter Eremitenpresse erscheinenden „Konturen, Blätter für junge Dichtung“ als Neuerscheinung empfohlen. Heft 2 (September 1952) enthält u. a. Gedichte von Ernst Meister und Paul Celan, Prosa-Skizzen von Rolf Schroers sowie eine kluge Betrachtung von Karl Krolow: „Gedichteschreiben — heute.“ Eine vierfarbige „ungebundene Komposition“ von Gerhard Oberländer verleiht der Zeitschrift eine besonders interessante Note

### Die Buchhandlung für den Mediziner

## JOHANNES ALT

Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaften

FRANKFURT A. M.-SÜD 10

Gartenstraße 134 · Telefon 61993 · Gegründet 1868

Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen Gartenstr. 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

# Der Sturz

Von Alberto Moravia

Die Erzählung „La Caduta“ (1940) von Alberto Moravia erscheint hier – vorsichtig gekürzt – zum ersten Mal in deutscher Sprache. Sie ist dem Band „Racconti“ (Verlag Valentino Bompiani, Milano) entnommen.

Die Krankheit hatte ungefähr ein paar Monate gedauert. Kaum war Tancredi wieder imstande, zu gehen, beschloss die Eltern, ihn ans Meer zu schicken. Eine Villa an einem Strand fand sich und es begannen die üblichen Reisevorbereitungen. Der Knabe aber sah mit Unbehagen auf diese Handkoffer, die vorzeitig bereitstanden, auf diese Kleider, die nicht rechtzeitig von dem stechenden Naphtalingeruch befreit worden waren. Der Gedanke an diese verfrühten Ferien störte ein dunkles Gefühl für Ordnung. Er merkte wohl, daß er für die Schule noch nicht wieder kräftig genug war, aber ihre Unterbrechung schien ihm wie ein böses Tun, ein Sprung ins Dunkle. Noch ahnte er nicht, daß die Kindheit vorbei war und das unruhige, wirre Jünglingsalter anfang. Lockig, launisch und ungestüm hatte er sich ins Bett gelegt, mit geschnittenen und glatten Haaren über dem mageren Nacken stand er wieder auf, ohne Schwung, schwach und voll quälender Gedanken. Bisher hatte er nicht gewußt, was Widerwille, Furcht, Gewissensbisse wären; jetzt erregten hundert Dinge seinen Abscheu; die Angst war ihm zur Seite getreten und ließ ihn in keinem Augenblick los; fortwährend empfand er Gewissensbisse, aber trotz aller Anstrengungen konnte er sich nicht erinnern, worin die Schuld bestand. Für seine Mutter war er immer noch derselbe Tancredi. Während der ganzen Reise behandelte sie ihn wie ein Kind, und dies machte ihn aus Schamgefühl wütend.

Als sie am Meer anlangten, vertraute die Mutter, die eine passionierte Kartenspielerin und andere Personen mit gleicher Neigung gefunden hatte, ihm dem Dienstmädchen Veronika zur Aufsicht und zur Begleitung am Strand an. Veronica führte den Knaben einige Tage lang ans Meer, dann überwachte sie ihn etwas weniger; schließlich hörte sie überhaupt auf, sich um ihn zu kümmern: Tancredi blieb allein und völlig frei.

Die Villa gehörte einem mit der Familie von Tancredi befreundeten Antiquar, der sie als Gegenleistung für gewisse erhaltene Gefälligkeiten angeboten hatte, und sie enthielt seine häßlichsten, unechtesten, unverkäuflichsten Sachen.

Im Erdgeschoß gab es Räume mit vier Schränken, an jeder Wand einen; andere mit teils großen, teils kleinen Tischen, die wie in Schlachtordnung aufgestellt waren, andere, die vollstanden mit nichts weiterem als Schreinen, Konsolen, Kleinmöbeln und anderem, ähnlichen Krimskrams. Im zweiten Stock in den vollgepropten Wohnräumen warfen Spiegel jeder Größe, die mit goldenen Schnörkeleien eingerahmt waren, von jeder Seite ihre grünlichen Reflexe zurück. In den Schlafzimmern waren zwei, drei und auch vier Betten wie in einem Hospital nebeneinandergestellt. Vorhallen und Gänge waren mit Marmortorsi, mit Truhen und mit Rüstungen versperrt. An den Wänden glänzten schwärzlich große Bilder aus dem Seicento. Auf der Treppe hing eine Reihe schwarzblauer Gobelins mit schlaftrunkenen und blumengeschmückten Gestalten. Dies alles in einer dunklen, abgeschlossenen, kalten Luft, voll Geknistern und Schatten. Das Meer war hier nicht zu ahnen, noch auch das strahlende Licht des Strandes; denn der Antiquar hatte, weil er nicht wußte, wohin damit, anstelle der blanken Scheiben eine Anzahl seiner antiken Bleifenster eingefügt. Modriger Geruch nach altem Holz, nach Schimmel und Mäusen schwebte in den stickigen Räumen, in denen die Möbel, in nie gesehener, willkürlicher und seltsamer Anordnung aufgestellt, jedes menschliche Eindringen schroff auszuschließen schienen.

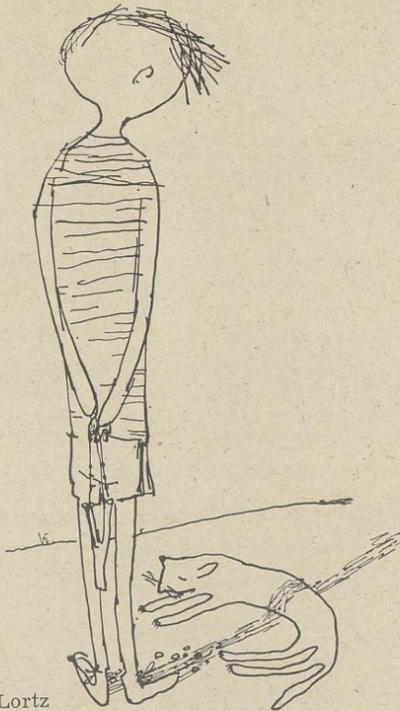
Tancredi flößte das Haus Furcht ein. Aber zugleich spürte er jenes tiefe und ängstliche Entzücken, welches die Furcht hervorruft, wenn sie aufhört, ein ungewöhnlicher Zustand zu sein und eine normale Veranlagung wird. Es war eine Art ständiger Besorgnis, schwebender Vorahnung, als ob in jenem Ding sich eine Nachstellung verborgen hielte; immer jedoch betraf es ein Geheimnis, das zu durchdringen ihm nicht gegeben war. Wie es in solchen Fällen immer geschieht, war Tancredi von all dem angezogen, das beitrug, ihn in dieser dichten Luft des Schreckens versunken zu halten. Gar bald zog er der blöden Kabine, dem Sand, dem einsamen Meer das Haus und das anliegende Gehege vor.

Ganz langsam nahm er von seiner Welt Besitz. Vor allem zogen ihn die kleinen Mansardenkammern des obersten Stocks an. In einigen nahm ein einziges großes Bett fast den ganzen Raum ein, und die wie erst kürzlich zusammengerollte Matratze erweckte den Eindruck an antike und tragische Vertrautheiten, deren Geheimnis zusammen mit dem Modergeruch und dem Staub dadrinnen geblieben war. Die großen schwarzen Bilder des Antiquars, die meisten ohne Rahmen, bedeckten die Wände vom Fußboden bis zur Decke, und ihre Gestalten, gewaltsam zwischen Wolken und Finsternis hingestellt, überraschten in diesen Zellen, die für sie zu niedrig schienen. Tancredi rollte die Matratzen auf, streckte sich auf dem Rücken aus, den Kopf nach unten, die Füße nach oben, und phantasierte

stundenlang, indem er verträumt auf diese Heilige-Antonius-Darstellungen schaute, die zu Füßen dunkler Madonnen knieten, auf diese grimmigen Judiths, die auf dem kopflosen Rumpf des Holofernes saßen, auf diese wohlbelibten Danaes, denen die Patina der Zeit, Lager, Bett, Himmel, Kissen bis zum göttlichen Münzregen weggenommen hatte, so daß man nicht mehr verstand, was sie so ausgestreckt und in wollüstiger Haltung aufgestellt erwarteten.

Eines Tages, als er auf dem Rücken ausgestreckt lag, traf ihn wie ein Reflex seiner selbst ein großes, an der gegenüberliegenden Wand hängendes Bild. Es mußte eine Kopie des Caravaggio sein und stellte den Sturz des Heiligen Paulus auf dem Weg nach Damaskus dar. Ein starkes, rauchiges und glühendes Licht erleuchtete den nackten, hageren Körper des Heiligen, welcher hinterrücks, die Beine in der Luft, die Arme nach vorwärts gestreckt, das Gesicht geblendet, schwer hinfiel. Der ganze Rest war in Dunkel gehüllt; wie aus einer andern, ruhigeren Welt schimmerte daraus der Sattel, die Mähne und der Kopf des Pferdes und daneben ein bartloser, heiterer Reitknecht mit einem Turban. Tancredi wunderte sich, dieses Bild zum ersten Male so zu sehen, und es gefiel ihm in einer besonderen Art, vielleicht weil es ihm beim Anschauen, da er sich fast in derselben Lage wie die gemalte Gestalt befand, schien, als könnte er außer der Tatsache auch deren Bedeutung besser verstehen. Den Kopf nach unten, die Füße nach oben, in der schwindligen Empfindung, hinterrücks, mit dem Licht des Blitzes in den Augen, in einen Abgrund zu stürzen, begann er nachzudenken. Dann aber ein vollkommener Glauben, so daß die Welt, die vorher einfach, dann doppelt war, da jener Blitzstrahl die Seele offenbart hatte, die sich hinter den äußeren Dingen verbarg.

In der Tiefe seines dunkeln Gefühls hing Tancredi diesem Gedanken nach. Dabei fühlte er in der Tasche plötzlich etwas Hartes, und es fiel ihm ein, daß er am Tage vorher mit einer kleinen Gabel aus Pinienholz und einem Fahrradgummi sich eine Schleuder hergestellt hatte, einen seit langem ersehnten Gegenstand. Jäh kam es ihm an, auf dem Nachbargrundstück den neuen Zeitvertreib auszuprobieren. Er sprang ganz benommen vom Bett auf, stieg eilends die Treppe hinunter und trat hinter der Villa hinaus ins Freie. Aber kaum war er draußen, so löschte die trübe Wärme der Luft ihm jeden Übermut aus, und mit langsamem Schritt, fast unbehaglich, näherte er sich einem Durchgang der Einfassungsmauer, durch den er jeden Tag auf das anliegende Grundstück zu gehen pflegte. An der Öffnung angelangt, drang er durch die Brombeersträucher ein, die von den vorhergehenden Durchgängen schon zerrissen und geöffnet waren; ein Zweig aber klammerte sich an seinem Arm fest und hielt ihn auf, und das schien ihm in seiner einsiedlerischen Gewohnheit, den Dingen Verständnis zu leihen, ein sehr schlechtes Zeichen. „Du willst nicht, das ich hingehe“, murmelte er, indem er die Dornen aus den



Helmut Lortz

Maschen des Ärmels entfernte, „sag, warum willst du nicht, daß ich hingehe?“

Das Grundstück war auf drei Seiten von der Mauer eingefaßt; auf der vierten, gegenüber von der Villa von Tancredi stieg eine weiße, fensterlose Wand auf. So war das Gehege wirklich geheim, wofern es einem nicht einfiel, aus den oberen Fenstern der Villa hinauszuschauen, was aber nie geschah. Sein abschüssiger Boden war von Abfall übersät. In einer Ecke streckte ein Baum von mittlerer Größe die Zweige über die Mauer, auf die Straße hinaus. Verzweigte Sträucher verdeckten den sandigen Boden. Die dunkle Farbe des Himmels deutete auf ein nahe bevorstehendes Gewitter. In der windstillen Wärme erhob sich ein faulig-säuerlicher Geruch.

Tancredi spielte, aber ein gespanntes Unbehagen ließ ihn fühlen, daß dies Spiel nur eine Vorspiegelung, daß der Hinterhalt wirklich vorhanden war, wie schon der Brombeerstrauch wußte, der ihn am Arm zurückhalten wollte, obwohl er nicht sagen konnte, wo sich der Hinterhalt verbarg. Die dunkle Wolke da oben mit ihren ausgefransten, schwärzlichen Rändern, glich einem schlecht erhobenen The-

atervorhang, so daß der Himmel selbst ganz schief erschien. Sein Fuß stieß an eine leere Konservendose. Mit einem Fußtritt schleuderte er das Blech weit von sich. Dann, lustlos entschlossen, zog er aus einem Loch viele spitze Kieselsteine heraus, die er am Tag zuvor gesammelt hatte, ging auf einen kleinen Hügel und begann sitzend, die Steine zwischen den Beinen, mit der Schleuder zu üben. Das Ziel war eine Konservendose, die auf den Rand der Mauer in der Schwebelage aufgestellt war. Jedesmal, wenn die getroffene Blechbüchse auf der anderen Seite fiel, ersetzte sie Tancredi durch eine weitere. Es war nicht leicht, die Dosen mit der runden und gleitenden Oberfläche zu treffen, aber mit der Zeit, wie die Steine ins Ziel trafen, ereiferte sich Tancredi bei dem Spiel, das er so unlustig begonnen hatte. Da auf einmal, als er wieder die Augen erhob, um zu zielen, sieht er eine große Katze, deren fast blaue Farbe sich vom stumpfen Dunkelgrau des Himmels abhob, vorsichtig auf dem Rand der Mauer vorübergehen, gerade hinter der Blechdose. „Ich kriege sie“, dachte er aus bloßer Dreistigkeit; denn er war sicher, sie nicht zu treffen. Er zog die Schleuder an, ohne sie zu sehr zu spannen, und ließ fast mit Schlawheit den Wurf los. Als ob ein zarter Nerv mit dem Wurfgeschloß in Verbindung stünde und ihm jede Schwingung mitteilte, fühlte er deutlich, daß der Stein etwas Weiches und Lebendiges getroffen hatte, das nur die Katze sein konnte. Erschreckt erhob er sich von dem kleinen Hügel und näherte sich vorsichtig. Der Stein schien die Katze an der Stelle, wo sie sich befand, niedergestreckt zu haben; sie lag still. Als er genauer hinschaute, sah er, daß nur das eine der Augen des Tieres von grünem Lichte glänzte, wie vor Staunen, aufgerissen; das andere war erloschen, und ein kleines blütiges Kreuzchen, das im Fell verloren war, schien als Gegensatz eine gläserne Eigenschaft des offengebliebenen Auges anzudeuten, ein rundes, konvexes, lebendiges und empfindliches Glas, dessen anderes Exemplar der Stein in Stücke geschlagen hatte.

Bei diesem Anblick bemächtigte sich ein seiner unsinniger Schrecken. Mehr noch als das Blutklümpchen in dem grauen Fell flößte ihm die Regungslosigkeit des Tieres, das auf allen vier Pfoten erstarrt dalag, und der Blick des gesunden Auges Furcht ein. Doch fürchtete er nicht so sehr, daß das Tier sich auf ihn stürzte, als daß es sich ihm an die Fersen heften könnte, aus einer rachsüchtigen Treue heraus, deren ganzen Schrecken er schon nervös vorempfand. In der Tat war der Ausdruck der Katze eher der der Verwunderung, als der des Hasses, und mit der Verwunderung schien sich bereits eine eigenartige Zuneigung zu vermischen, als ob bei diesem Schleuderwurf, der es auf einem Auge geblendet hatte, das Tier ein unzertrennliches Band zwischen sich und Tancredi erkannt hätte. Dann donnerte es dumpf in der schrägen Wolke, die den Himmel durchquerte; und indem er „fort, fort“ rief, bewegte Tancredi die Arme auf die Katze zu. Er sah sie zurückweichen, mit einem fast schmerzlichen Ausdruck, als wollte sie ausdrücken „was habe ich dir getan, daß du mich so fortjagst?“ Und zu höchst entsetzt, bückte er sich nach einem Stein. Als er sich aber wieder erhob, blieb auf der Mauer nur die Blechbüchse zurück: die Katze war verschwunden.

Geekelt, noch immer am ganzen Leibe zitternd, warf er die Schleuder weg und ging zum Durchgang. Tancredi wußte, daß zu dieser Stunde die Katze an einer Ecke der Feuerstelle unter dem Rauchfang zu liegen pflegte und im Begriff, in die Küche einzutreten, erfaßte ihn eine verächtliche Furcht, ihr zu begegnen. Er war überzeugt, er wußte selbst nicht warum, daß das Tier nicht mehr von seinen Fersen wich, daß er es hätte töten müssen, um sich davon zu befreien, und nachdem er es getötet, die Verfolgung nicht aufgehört hätte, weil ihm für immer die Gewissensbisse geblieben waren, die er bereits lang und gräßlich voraussah. Einen Augenblick startete er in den dunklen Raum, dann stürzte er mit gesenktem Kopf hindurch, öffnete tastend die Türe und drang in den Flur ein, der von der Küche in das Eßzimmer führte. In diesem Durchgang aber wartete die Katze auf ihn, er fühlte ihr Fell an seinen nackten Beinen mit einem Schauer, den der abgeschlossene und dunkle Ort noch unerträglicher machte.

Mit einem Aufschrei floh er hinaus.

Auch im Eßzimmer — Schatten und Verlassenheit. Er ging behutsam aus dem Saal, durchquerte eilig den Vorraum, und am ganzen Körper bebend, der unter ihm zu fliehen schien wie ein Pferd dem Reiter, der es nicht mehr beherrscht, suchte er hastig den Schalter, machte Licht und schaute sich um. Das erste, was er sah, war die Katze, die in kurzer Entfernung von ihm zwischen den Füßen des Sessels hervorlugte.

Sie sah ihn mit ihrem grünen, weitaufgerissenen und bestürzten Auge starr an, ganz im Gegensatz zu der liebevollen Schüchternheit ihrer Annäherungen. Zurückweichend, das Herz in Aufruhr, begann Tancredi widerstrebend die Treppe hinaufzusteigen. Die Katze kam sofort aus ihrem Versteck und folgte ihm, indem sie entschlossen die Schnauze zu ihm erhob. Immer weiter rückwärts hinaufsteigend, gelangte Tancredi auf einen Treppenabsatz, auf dem alte Waffen ausgebreitet lagen. Tastend suchte er hinter sich auf dem Tisch. Er ergriff eine Pistole und schleuderte sie mit geschlossenen Augen gegen das Tier. Ein Geklirr von zerbrochenen Scheiben folgte: die Pistole hatte die Tür des Eßzimmers getroffen. Erschreckt wandte Tancredi den Rücken und rannte fort. (Schluß folgt).

# Aus der deutschen Studentenpresse

Und neues Leben blüht . . .

Die Notiz, die die DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG (Göttingen) unter dem Titel „Presseempfang beim Reichsführer“ veröffentlichte, ist kurz, aber inhaltsschwer. Sie besagt, daß am 20. Juli (!) in Bonn eine „Führertagung der Deutschen Reichsjugend“ stattfand, zu der als „Chefadjutant beim Führer der DRJ“ ein „Hauptfahnleinführer“ eingeladen hatte.

Es ist zum Verzweifeln. Tausende von jungen Deutschen aller sozialen Schichten bemühen sich nun seit Jahren, der Welt zu beweisen, daß die deutsche Jugend ein für alle Mal von dem nationalsozialistischen Gedankengut kuriert ist und den ehrlichen Willen hat, mit den anderen Völkern in Frieden zusammenzuleben. Und ausgerechnet jetzt, wo uns die Welt allmählich wieder zu glauben und zu vertrauen beginnt, treten ein paar verantwortungslose

Burschen in Bonn zusammen und gefährden durch ihre eindeutig nationalsozialistischen Veranstaltungen den ganzen Erfolg unserer jahrelangen Bemühungen. Gab es denn wirklich keine andere Möglichkeit, das Treffen zu verhindern, als die Versammlung durch Polizeigewalt aufzulösen, mit dem Erfolg, daß sie wenig später an anderem Ort dennoch stattfand? Gegen diese „Bewegung“, die „die Tradition der Hitlerjugend fortsetzen“ will, wie „Reichsführer“ Münchow erklärte, die die Schamlosigkeit besessen hat, ihre Zusammenkunft ausgerechnet am 20. Juli anzuberaumen, sollte wirksamer vorgegangen werden. Wenn wir derartige Elemente nicht rücksichtslos bekämpfen, bevor sie wieder — wie im Jahre Null des Tausendjährigen Reiches — eine gewisse Macht in Händen haben, werden wir uns mitschuldig machen an der Wiederholung des namenlosen Elends, das schon einmal über uns und Europa hereingebrochen ist.

## VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT E. V.

An unsere Mitglieder!

Wie alljährlich, so erlauben wir uns auch in diesem Jahre, diejenigen Mitglieder, die ihren Beitrag, der nach der Satzung für das laufende Kalenderjahr bis zum 31. März 1952 zu entrichten wäre, noch nicht überwiesen haben, an die Begleichung dieses Betrages zu erinnern mit der Bitte, den fälligen Betrag möglichst umgehend zu überweisen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß die bedeutenden Aufgaben, die unsere Vereinigung gegenüber der Universität und ihren Einrichtungen zu erfüllen hat und noch

durchzuführen gedenkt, nur verwirklicht werden können, wenn unsere Finanzen mehr noch als bisher gestärkt werden. So bitten wir auch alle unsere Mitglieder — insbesondere diejenigen, die bisher nur den Mindestbeitrag von DM 10,— pro Jahr entrichten — zu prüfen, ob es ihnen nicht möglich ist, ihre Mitgliedschaft und das damit bewiesene Interesse an den Belangen unserer Universität durch eine freiwillige Erhöhung des Jahresbeitrages zu unterbauen. Die Universität und ihre Studenten werden Ihnen dafür Dank wissen!

— Die Geschäftsführung —

## Aus dem Universitätsleben

Mc Cloy Ehrensator

Im Senatssaal der Universität verabschiedete sich am 17. Juli der bisherige Hohe Kommissar, John Mc Cloy, vom Senat und der Studentenschaft der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. In seiner Ansprache vor einem Kreise geladener Gäste, der sich aus Vertretern der Professorenschaft und der studentischen Selbstverwaltung zusammensetzte, hob Se. Magnifizenz, Prof. Horkheimer, die Verdienste Mr. Mc Cloys sowie seiner engsten Mitarbeiter, vor allem Mr. Shepard Stones, um Wissenschaft und Kultur hervor und überreichte dem scheidenden Hohen Kommissar die Ernennungsurkunde zum Ehrensator der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Privatdozent Dr. Helmut Ridder wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht berufen.

Philosophische Fakultät

Honorarprofessor Dr. Wilhelm Sturmfels wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Philosophie berufen.

Naturwissenschaftliche Fakultät

Der seitherige außerplanmäßige Professor Dr. Hermann Hartmann wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den ordentlichen Lehrstuhl für Physikalische Chemie berufen.

Privatdozent Dr. Emil Breiting, Dozent für Anthropologie in München, hat sich in die Naturwiss. Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-

Universität umhabilitiert und für das Wintersemester 1952-53 seine Vorlesung über „Stammesgeschichte des Menschen“ angekündigt.

Professor Dr. Herbert O'Daniel, Direktor des Mineralogischen Instituts der Universität wurde als deutscher Vertreter in die Commission on Structure Reports der International Union of Crystallography gewählt.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät:

Der außerplanmäßige Professor Dr. Otto Veit wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den ordentlichen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Währungs- und Bankpolitik berufen.

Der seitherige ordentliche Professor an der Universität Würzburg Dr. Karl Banse wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Handelsbetriebslehre, berufen.

Herr Dipl.-Ing. Paul Knorth erhielt einen Lehrauftrag für das Fach Physikalische Technologie.

Zum Universitätsbaudirektor wurde der Architekt Ferdinand Kramer bestellt.

Professor Dr. phil. Heinrich Voelcker, der noch dem Lehrkörper unserer Universität angehört, ist am 27. September neunzig Jahre alt geworden. Der Jubilar, der sich 1919 mit dem Fach Wirtschaftsgeschichte in Frankfurt habilitierte, hat zahlreiche Studien über Frankfurts Geschichte veröffentlicht.

Am 19. 9. starb Frau Dr. Charlotte von Reichenau, die seit dem Jahre 1941 als außerplanmäßiger Professor in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewirkt hat.

Frau Prof. v. Reichenau arbeitete in den letzten Jahren über Probleme der Konsumforschung.

Das Studentenwerk an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, das seit 1945 wieder als selbständiger Organismus arbeitet und im letzten Rechnungsjahr einen Umsatz von rund 300 000 DM aufwies, hat endlich beim Registergericht in Frankfurt seine Zulassung als eingetragener Verein beantragt. Eine Zahl Studenten unterzeichnete am 24. September die für diesen Zweck vorbereitete Satzung.

Heimliches Liebesleben dementiert.

So etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit ist für die Publizistik noch nicht erfunden worden. Diese Erfahrung machte vor kurzem die Kieler Studentenzeitung PROFIL, als sie ausbaden mußte, was ein Reporter in New York verbockt hatte. Nach der Veröffentlichung einer Notiz über angebliche Äußerungen des bekannten deutschen Anthropologen Prof. Dr. Hans Weinert auf dem Weltkongreß für Anthropologie, die das heimliche Liebesleben der Schim-

Bei Ermüdung nimm lieber **Halloo-Wach**

IN ALLEN APOTHEKEN + DROGERIEN 90 PF. AMOL-WERK HBB

pansen im Dschungel“ zum Gegenstand hatten, bekam sie einen empörten Brief, in dem sich Prof. Weinert, der Direktor des Anthropologischen Instituts an der Universität Kiel ist, gegen die unverantwortliche Verbreitung von offensichtlichen Falschmeldungen wendet. „Wer meine Vorlesungen und Bücher kennt“, schreibt Prof. Weinert, „weiß, daß ich niemals Schimpanse, Dschungel und heimliches Liebesleben in einem Satz sagen würde.“ Die ganze Story stamme von einem New Yorker Reporter, dem die wissenschaftlichen Erklärungen Prof. Weinerts für ein Interview offenbar nicht sensationell genug gewesen sind, weshalb er sich — leider aber völlig unbelastet von elementarsten Fachkenntnissen — die ganze Geschichte einfach aus den Fingern gesogen und veröffentlicht habe.

Das PROFIL mußte dementieren, Prof. Weinert ist verärgert und der New Yorker Reporter blamiert. Nur die Schimpansen haben sich zu diesem Fall bisher noch nicht geäußert.

Rettet unser Taktgefühl!

Das zweifellos frechste studentische Feuilleton der letzten Zeit veröffentlichte „Ali“ im COLLOQUIUM (Berlin) unter dem Titel „Rettet unsere Politiker“. Wer sich hinter dem Pseudonym Ali verbirgt, entzieht sich leider unserer Kenntnis; jedenfalls besitzt er ein ausgeprägtes Gefühl für pointierte Formulierungen und originelle Vergleiche. Das einzige, was ihm vielleicht abgeht, ist ein gewisses Unterscheidungsvermögen zwischen Witz und Taktlosigkeit. Ali ist bestimmt noch nie Politiker gewesen und scheint sich ziemlich unklare Vorstellungen von ihrer geistigen Kapazität zu machen, sonst hätte ihm nicht der faux pas unterlaufen können, Politiker und Idioten im gleichen Atemzug zu nennen.

Nun, wir leben in einer Demokratie, und da darf man manches ungestraft sagen, was einem etwas weiter östlich den Hals brechen würde; aber man sollte auch die demokratische Freiheit nicht übertreiben. Wir meinen, daß es für so begabte junge Journalisten wie Ali noch eine ganze Reihe anderer Themen gibt, die vielleicht etwas mehr im Bereich dessen liegen, was man — im menschlichen und publizistischen Sinne — als erlaubt bezeichnen kann.

moritz

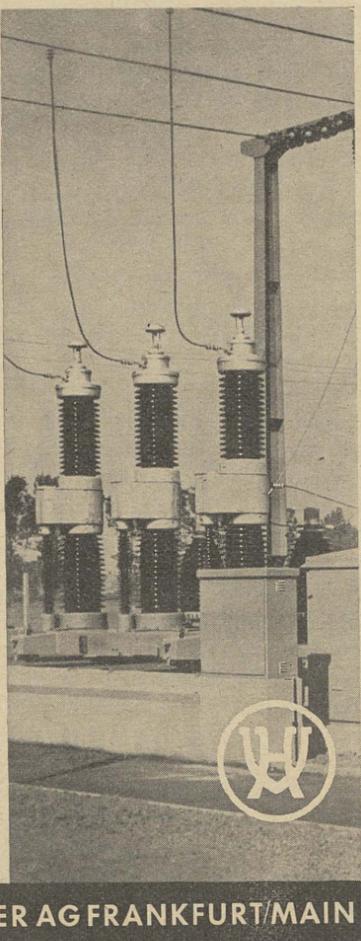
Dieser Auflage liegen Bestellscheine der „Neuen Zeitung“ bei

Die Energie des elektrischen Stromes nutzt man Ende des vergangenen Jahrhunderts in der primitivsten Form



Heute kontrollieren modernste Schaltgeräte die Übertragung der elektrischen Energie in ihre weitverbreiteten Anwendungsgebiete

ELEKTRISCHE SCHALTGERÄTE UND SCHALTANLAGEN für Hoch- und Niederspannung bilden seit Jahrzehnten das Erzeugnisprogramm der



VOIGT & HAEFFNER AG FRANKFURT/MAIN

## TANZSCHULE ERNA MARIA TÄNZER

Die Lehrstätte für Gesellschaftstanz und gesellschaftliche Erziehung

Privatunterrichtsräume

Frankfurt am Main, Bürgerstraße 12

Nähe Schauspielhaus · Ruf 3 29 92

Neuer Kursus für Studenten:

Beginn: Dienstag, den 18. November 1952, 21<sup>00</sup> Uhr

Sprechzeit 17-19 Uhr, außer Sonnabend

## Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN

Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 755 89

WERKDRUCK

FARBENDRUCK

FORMULARE

PLAKATE

PROSPEKTE · ZEITSCHRIFTEN

SETZMASCHINENBETRIEB

BUCHDRUCKEREI

DR. GÜNTER ZÜHLSDORF

FRANKFURT A. M. · ECKENHEIMER LANDSTR. 60b

Fachbücher aller Gebiete

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

(Dr. H. Bergmann)

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 · Tel. 93633

## Die Kehrseite der Olympiamedaillen

Wer das Glück hatte, die Olympischen Spiele in Helsinki zu erleben, dem wird klar geworden sein, daß er Zeuge eines in der Sportgeschichte einzigartigen Geschehens war. Einzigartig nicht, weil der Rahmen imposant war — es hat schon protzigere Olympiaden gegeben — sondern in Bezug auf die gezeigten Leistungen: eine solche Vielzahl schier unglaublich scheinender Rekorde, eine derartige Leistungsdichte und -breite haben die Sport-Statistiker bisher noch nicht verzeichnet. Noch jede der modernen Olympiaden überbot ihre Vorgängerin in der meßbaren sportlichen Leistung. Die Ergebnisse von Helsinki dürften aber bei künftigen Spielen nur schwerlich zu übertreffen sein.

Man wird einwenden, daß derartige Behauptungen schon oft aufgestellt wurden und trotzdem die Steigerung der Leistung nicht nachließ. Zugegeben! Aber es hat sich auch gezeigt, daß, graphisch gesehen, die Kurve des Leistungsanstiegs immer flacher wurde. Man kann daher sagen, daß eines Tages die zunächst ansteigende Kurve in eine Wagerichte übergehen wird. Denn fast sind wir an dem Punkt angelangt, wo nur ein anatomisch-physiologischer Konstitutionswandel des menschlichen Körpers eine weitere Leistungssteigerung ermöglichen könnte. Vielleicht darf man unter diesem Aspekt die Olympischen Spiele in Helsinki als einen Wendepunkt in der Geschichte des Sportes ansehen.

Der bisherige Leistungsaufschwung erklärt sich aus einer Reihe von Tatsachen: der Spitzenathlet muß heutzutage wesentlich häufiger, härter und intensiver trainieren als in früheren Zeiten; Erfahrungen und Erkenntnisse vorausgegangener Sportgenerationen sind ihm dazu nützlich; Sportmedizin und Sportpsychologie haben hervorragende Beiträge zur Leistungssteigerung geliefert. All das wäre schon eine Antwort.

Aber die Feststellung, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich als die erfolgreichsten Nationen auf den Spielen von Helsinki präsentierten, lenkt den interessierten Beobachter erst zu dem eigentlichen Problem, das die Olympiade heute darstellt. Die beiden großen politischen Antipoden unserer Zeit demonstrieren auch auf dem Gebiet des Sports eine außerordentliche Stärke.

### College-System in USA

Bekanntlich gibt es in den Vereinigten Staaten viel weniger Sportvereine als in Deutschland. Die Rolle, die in Europa der Verein spielt, haben dort die Colleges übernommen. Neben ausgezeichneten Sportanlagen findet man dort die besten Trainer; zu ihren besonderen Aufgaben zählt auch die Entdeckung und Entwicklung neuer Talente. Es spielt dabei keine Rolle, ob der betreffende Athlet an der Universität auch wirklich studiert. Der Sport nimmt ihn so sehr in Anspruch, daß ihm nicht viel Zeit zum Studium bleibt.

Was das College-System aber vor allem von unseren Vereinen unterscheidet, ist die materielle Sorgenfreiheit der „Studenten“: ein Stipendium sichert ihnen für die Dauer ihres Aufenthaltes an der Universität die nötige finanzielle Unabhängigkeit. Solange sie Sport treiben, kommen diese Studenten ihrem beruflichen Ziel nicht wesentlich näher. Später — meist schon nach wenigen Jahren — treten sie vom aktiven Leistungssport zurück, um sich dann mit der gleichen Ausschließlichkeit dem eigentlichen Studium zu widmen. Sie können das umso eher tun, als ein zahlreicher Nachwuchs die entstehende Lücke sofort wieder schließt.

### Der sowjetische Staatsamateur

Scheinbar ist die finanzielle Rückendeckung im sowjetischen Trainings- und Ausbildungssystem der nordamerikanischen sehr ähnlich. Der Unterschied liegt vorerst nur darin, daß dort der Sportler seltener ein Student, meist ein staatlicher Angestellter in gehobener Stellung ist. Er wird also — mit sehr reichlichem Gehalt — vom Staat unterstützt, während der amerikanische Athlet von dem Stipendium eines privaten Instituts lebt. Längere, ebenfalls vom Staat bezahlte Erholungs- und Trainingsaufenthalte in günstigem Klima geben dem Sowjetsportler noch größere Möglichkeiten zur Entfaltung seiner körperlichen Leistungsfähigkeit.

Aber der eigentliche Unterschied hat die staatliche Unterstützung nur als Voraussetzung. Sportler zu sein, ist in der Sowjetunion nicht weniger als jeder andere Beruf ein Zwang, von Staats wegen befohlen. Diese Athleten sind Sportler nicht nur, weil sie Lust dazu haben, sondern weil ihre Begabung dem Staat ausbeutungswert erscheint. Da-

rum ging in Helsinki über die Russen das Spottwort um, sie erinnerten an „homunculi“, die man in der Retorte gezüchtet hätte.

### Der Amateursport der andern

Vergleicht man solche Trainingsbedingungen mit den Verhältnissen in Deutschland, England oder Frankreich, so wird man zugeben müssen, daß es kein Wunder ist, wenn unsere Sportler — von wenigen Ausnahmen abgesehen — im Kampf neben solchen „Spezis“ nicht bestehen können. Der hervorragende Frankfurter Mittelstreckenläufer Ulzheimer stand bis kurz vor seiner Abreise nach Helsinki Tag für Tag auf seinem Arbeitsplatz als Schlossermeister. Für die sowjetischen Athleten, die in Helsinki auftraten, war dagegen der Sieg eine direkte politische Verpflichtung. Etwas anderes dürfte die russischen Sportfunktionäre kaum interessiert haben.

Helsinki hat also diesmal mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß der Amateurbegriff des Jahres 1952 mit dem des Jahres 1932 nicht mehr viel gemeinsam hat. Wenn Beruf und Arbeit dem Sport vollkommen untergeordnet werden, läßt sich der alte Amateurbegriff nicht mehr halten.

### Entweder — Oder

Auch außerhalb der USA und der UdSSR gibt es genügend Beispiele dafür, daß der Amateursportbegriff sehr fragwürdig geworden ist. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt eine Richtung erkennen, die uns nicht sehr fruchtbar scheint.

## Vom Studentensport

Die italienischen Hochschulmeisterschaften in Leichtathletik, Ringen, Fechten, Basketball, Hockey und Rugby wurden bereits im Mai in Meran (Südtirol) ausgetragen. Von den 24 teilnehmenden Hochschulen belegte im Gesamtklassement aller Wettkämpfe Rom den ersten Platz, gefolgt von Pisa und Mailand.

Die schweizerischen Hochschulmeisterschaften im Schwimmen wurden am 21. Juni in Lausanne ausgetragen. Sieger wurde die Universität Zürich vor Lausanne, Bern und St. Gallen.

Einen Länderwettkampf im Schach für Studenten veranstaltet die Fédération Française des Echecs im September. An dem Turnier werden Studenten aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Holland teilnehmen.

Die amerikanische Olympiamannschaft hat während ihres Aufenthaltes in Helsinki den Betrag von 4.000 Dollar gesammelt, der einem jungen Finnen „im Geiste der olympischen Spiele“ als Stipendium zugewendet werden soll. Der Gewinner der Goldmedaille im 3000-m-Hindernislauf, Ashenfelter, überreichte die Spende im Rahmen einer Feierstunde im Olympischen Dorf einer Vertreterin des Finnischen Studentischen Nationalverbandes.

57 finnische Studentensportler haben innerhalb der finnischen Olympiamannschaft in verschiedenen Disziplinen an der 16. Olympiade teilgenommen. Von den Studentinnen konnte sich niemand in den vorangegangenen Ausscheidungskämpfen qualifizieren.

### STUDENTISCHE SELBSTVERWALTUNG

Am 29. August verließen fünf Studentinnen und Studenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, die zum Studium der studentischen Selbstverwaltung in die Vereinigten Staaten eingeladen worden sind, den Hafen von Genua. Sie werden sich etwa ein halbes Jahr in den USA aufhalten.

Eine kleine Gruppe von ASTA-Vertretern fuhr am 15. September für einige Tage nach Paris. Sie bereiteten dort mehrere, im November geplante einwöchige Parisfahrten für Frankfurter Studenten vor. Die Termine zu diesen Fahrten werden rechtzeitig an den schwarzen Brettern bekanntgegeben.

Für drei bis vier Wochen führen am 19. September 23 Studenten unserer Universität nach Griechenland und der Türkei. Spectabilis Prof. Erler begleitete die Gruppe als wissenschaftlicher Berater.

Die erste Studentenkonferenz, auf der Esperanto die einzige Verhandlungssprache ist, wurde im August in Schluchsee (Schwarzwald) abgehalten. An der Konferenz nahmen Vertreter von Studentenverbänden aus Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Dänemark, Jugoslawien, der Schweiz und Amerika teil.

Mit Millionen von Wettfreunden  
ständig im Dienste des Sports

**HESSEN-TOTO**  
IM WEST-SÜD-BLOCK

Die Ergebnisse, die die deutschen Sportler aus Helsinki heimgebracht haben, stellen uns vor die Entscheidung, ob wir eine gleiche oder ähnliche Lösung finden wollen wie die Nordamerikaner — die sowjetrussische Praxis ist in unserem demokratischen Staat nicht denkbar — oder ob wir uns in Zukunft mit einer Statistenrolle auf der internationalen Sportbühne begnügen sollen.

Die Londoner „Daily Mail“ behandelte kürzlich in einem Artikel ein ähnliches Problem mit Bezug auf England. Der Kommentator kam zu dem Ergebnis, daß es wichtiger ist, den ursprünglichen hohen ethischen Wert des Amateursports zu erhalten, als ihn zu einem Mittel politischer Effekthascherei zu erniedrigen. Wir müssen dieser Auffassung zustimmen, wenn auch die Befürchtung begründet ist, daß die Entwicklung darüber hinweggeht und doch in der nun eingeschlagenen Richtung fortschreitet. G. Long

1280 deutsche Studenten waren in dem jetzt zu Ende gegangenen akademischen Jahr an den nordamerikanischen Hochschulen immatrikuliert. Damit stellte die Bundesrepublik hinter Kanada und China die drittgrößte Nationalitätengruppe unter den ausländischen Studenten in den USA.

An drei Wiener Hochschulen begannen die Studenten Ende September einen Immatrikulationsstreik, dem die übrigen Studenten beim jeweiligen Immatrikulationsbeginn folgen werden. Anlaß: Erhöhung der Studien- und Prüfungsgebühren durch das Unterrichtsministerium.

### Nachrichten der TH Darmstadt

Prof. Dr. W. E. A n k e l hat einen Ruf als Ordinarius auf den Lehrstuhl für Zoologie und Vergleichende Anatomie der Justus-Liebig-Hochschule Gießen angenommen.

Prof. Dr. W. J o s t hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für physikalische Chemie an der Universität Göttingen angenommen.

Prof. Dr.-Ing. Ehrenreich T r ö g e r wurde mit Wirkung vom 1. 8. 1952 bis zur endgültigen Ernennung mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Direktors des Mineralogischen Instituts beauftragt.

Privatdozent Dr.-Ing. habil. Theodor G a s t wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Instituts für technische Physik bis zur Neubesetzung des Lehrstuhls beauftragt.

Dr.-Ing. habil. Cord P e t e r s e n wurde durch Urkunde vom 1. 7. 1952 in der Fakultät für Maschinenbau die venia legendi für „Sonderfragen der Werkstoffkunde, insbesondere der Metallkunde“ erteilt.

Dr. phil. habil. Rudolf F r i t s c h wurde in der Fakultät für Chemie die venia legendi für „Zoologie und Vergleichende Physiologie“ erteilt.

Dr.-Ing. habil. Walter S b r z e s n y wurde die venia legendi für „Geschichte des Bauingenieurwesens“ mit Wirkung vom 13. 8. 1952 wiedererteilt.

Prof. Dr. Alfred N e u h a u s wurde durch Urkunde vom 4. 8. 1952 auf eigenen Antrag aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Prof. Gustav M e s s e r wurde durch Urkunde vom 25. 6. 52 auf eigenen Antrag aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

### Errata

In der letzten Ausgabe des DISKUS (1952-7) hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. In dem Artikel „Ein Schritt vorwärts“ auf Seite 3 muß es richtig heißen, es besteht kein Anlaß, nicht „ein Anlaß, anzunehmen, daß der Generalvertrag, der ja gerade für diesen Fall (die Schaffung eines modus vivendi zwischen den Großmächten) eine Revisionsklausel enthält, dann ein ernsthaftes Hindernis sein könnte.“

*foto*  
**WAGNER** berät Sie gern in  
allen Fotofragen  
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 71657

Wissenschaftliche Buchhandlung

**Josef Hilfrich**

die Buchhandlung des Studenten

Adalbertstraße, Ecke Gräfstraße  
(An der Bockenheimer Warte) Tel. 76865

**la Weihnachtskerzen!** Höchsten Verdienst bietet verkaufsgewandten Studenten: Dr. Custodis, Kerzenfabrik, Bielefeld

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Heinrich Schmitz, Büromaschinen, Frankfurt, bei.

**FÄRBEREI  
GEBR.**



**Röver**  
CHEMISCHE REINIGUNGSWERKE  
Bedeutendstes Fachunternehmen Süddeutschlands.

Stets gepflegte Kleidung  
durch chemische Reinigung

Annahme nächst der Universität:  
Leipziger Straße 1 · Westendstraße 75  
Telefon: 51215, 58979

Filialen in allen Stadtteilen

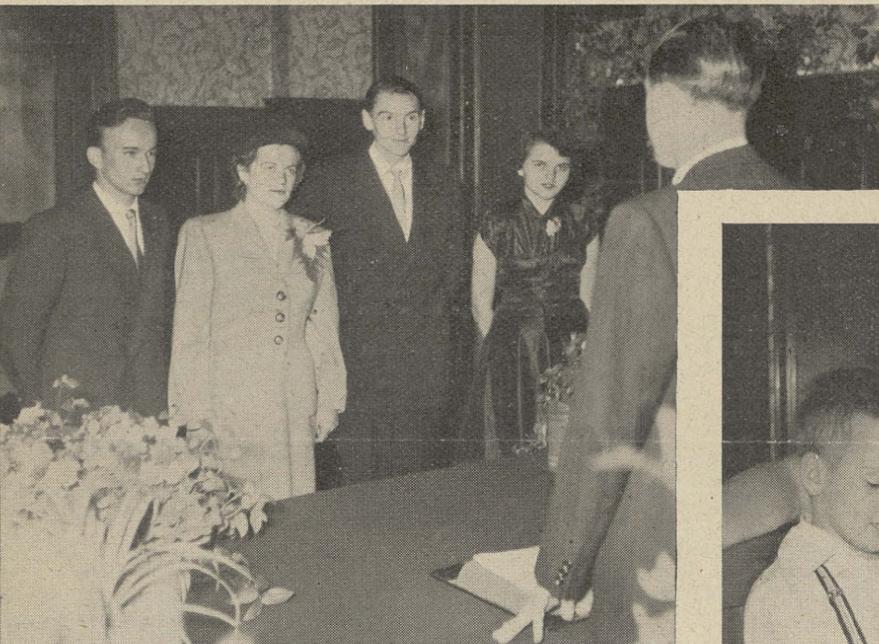
# Schnelldienst ohne Romantik



Da hocken sie, Ärzte, Juristen und Diplom-Kaufleute in spe, vor dem verschlossenen Eingang der Universität. 7.30 Uhr öffnet der „Schnelldienst“ sein Büro. Aber schon kurz nach Mitternacht kommt der erste. Als diese Aufnahme gemacht wurde, gegen 4 Uhr in der Frühe, waren bereits acht Studenten und eine Studentin da. Fünf lehnten ab, sich fotografieren zu lassen. Zwei versuchten, im Licht der Straßenlampe ein wissenschaftliches Buch zu lesen, einige dösten vor sich hin, einer holte eine Scheibe Brot heraus. Als die Ersten hoffen sie, bei der Arbeitsverteilung für den nächsten Tag einen günstigen „job“ zu erwischen. Gibt es wirklich keine gescheiterte Organisation?



Arbeitsverteilung beim „Schnelldienst“ täglich 17 Uhr. Im engen Raum drängen sich die Werkstudenten zusammen. In die Luft fällt kein Tageslicht, dringt keine frische Luft. Hier sitzen jeden Tag Studentinnen und Studenten herum und warten darauf, daß sie durch einen Telefonanruf Arbeit bekommen. Mancher ist nach 10 Stunden ohne Arbeit wieder fortgegangen. Lernen, wissenschaftliche Bücher lesen — das ist in dieser Atmosphäre unmöglich. Man drischt einen Skat, erzählt sich Witze, liest anspruchslose Bücher und schläft. Ein großer, heller Raum wäre nötig, in dem diejenigen, die auf Arbeit warten, in Ruhe studieren und lernen können.



Akademische Trauzeugen werden ziemlich häufig angefordert. Es ist ein angenehmer und begehrter „job“, der in kurzer Zeit das meiste Geld einbringt, 15—25 DM. Ein A b e r ist auch hier dabei: wer sich diesen „job“ angeln will, der muß die Nacht vor der Universität erwartet haben. Die Studentin (rechts) und den Studenten (links) hatten wir in der vorangegangenen Nacht vor der Universität getroffen (Bild oben). Sie waren die ersten gewesen und hatten sich natürlich den Trauzeugenauftrag ausgesucht. Immerhin: acht Stunden vorm Portal gewartet, um in einer Stunde 15 Mark zu verdienen.

Kisten transportieren, Kohlen schippen, Teppiche klopfen — das sind Aufträge, die täglich beim „Schnelldienst“ per Telefon eingehen.



Ein „Dauerjob“ ist der Wunsch aller Werkstudenten. Manfred S., Mediziner im neunten Semester, hat ihn vor einem Jahr gefunden. Er ist dispatcher an einem amerikanischen Taxistand. Seine Arbeitszeit beträgt 45 Stunden in der Woche. Meist übernimmt er den Nachtdienst, um den Tag für die Vorlesungen und Praktika frei zu haben. Mit einem Teil des Tagesumsatzes könnte er sein Studium sorglos beenden.

Text und Fotos:  
S. W. BIRKNER



Babysitter werden meist von Amerikanern gewünscht. Es ist eine der wenigen Aufgaben, die neben Steno- und Maschineschreiben auch Studentinnen erledigen können. Die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen sind im allgemeinen zu gering.



Die zahlreichen Messen in Frankfurt bedeuten für die werktätigen Studentinnen und Studenten immer Arbeit und gute Verdienstmöglichkeit. Hier bietet sich auch einmal die Gelegenheit, Arbeit für mehr als nur einige Stunden am Tag zu finden. Gisela M., rer. pol., schloß für eine große Strumpffabrik Geschäfte ab.

Stud. jur. Dieter Sch. entlädt in der Kaiserstraße einen Lastwagen mit Stoffballen. Die Arbeit dauert zwei Stunden, Lohn 3,— DM und —,60 DM Fahrgeld. Dafür hat er drei Stunden lang beim „Schnelldienst“ gegessen und auf einen „job“ gewartet. Rechnen Sie nach! — Dienst am Kunden ist die Devise des „Schnelldienstes“. Das heißt vor allem: wenn ein telefonischer Auftrag kommt, muß er schnell erledigt werden können. Dazu versetzen ständig viele Studenten ihre Zeit, die ihnen niemand bezahlt und in der sie nichts lernen.

